

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Bergholzstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 18 Pf. für den mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Zeitteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Sach.) 21048, (Post.) 21047, (Teleb.-Gsm.) 2231. Ziehp.-Adr.: Klassenkampf Halle. Konfirmation: Kommern- und Privat-Bank Halle; Reichmann & Co. Halle. Verlagsleiter: Helmig 1008 65, hies. Kreis. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 9. Oktober 1928

8. Jahrgang * Nr. 238

Duesterberg sucht Geldgeber

Das Stahlhelm-Sportfest eine Aktion für Ausbeuter und Panzerkreuzerpolitiker
Berstärkt die Einzeichnungen

Die Antwort der Massen auf die Stahlhelmlösung: Zu Hause bleiben!

Halle, 9. Oktober.

Der Stahlhelm hat schlechte Konjunktur. Im Zusammenhang mit der Einzeibewegung der deutschen Arbeitermassen, als Folge der wachsenden Auflehnung der Werktätigen gegen die Folgen der Nationalisierung gegen schlechte Löhne und lange Arbeitszeit erkennt der Arbeiter immer mehr die Zufälligkeit des Stahlhelms für seine Klassenfeinde, die Traubenzugriffe in den Gebieten des Bergbaus, der Chemie usw. ist sein Einfluß erheblich gesunken, ja vielfach ganz verschwunden. Aber auch der Angestellte und kleine Beamte will nichts mehr vom Stahlhelm wissen. Immer mehr und mehr ziehen sich die Stahlhelmtrojananten. Immer mehr und mehr experimentiert

die höchstintelligente Führerschaft

mit diversen Lösungen, die dem Stahlhelm wieder Massen bringen sollen. Da hängt er sich einerseits das Mittelchen der „sozialen“ Fiktion an, andererseits „Volksfesten“ und „hant“ (Stahlhelmsportfesten) (mit teuren Preisen), von denen aus in einem nachfolgenden veröffentlichten Rundschreiben des Stahlhelm gesprochen wird. Abgesehen davon, daß man ein

„Unser Franz“ hat diese Raune, leere Kassen und ist ohne Massen

jach schwindelt, wenn man behauptet, daß zu „ungewöhnlich billigen Preisen“ auch heute noch täglich 400 bis 500 Personen in Halle versammelt werden“, so erkennt doch jeder, daß es sich bei dem „sozialen“ Fiktion des Stahlhelms nur um ein Zuckersüßholz handelt, das man den Proleten hinhält, um sie umso besser der Feilsche des Unternehmers zuzuführen. Aber auch auf höchst politischem Gebiet versucht der Stahlhelm, von sich reden zu machen. So hat bekanntlich der halleische Stahlhelmauptling Duesterberg

ein Stahlhelm-Volksbegehren

zur Veränderung der Verfassung angefordert.

Doch das soll nicht etwa zur Mobilisierung neuer Massen für den Stahlhelm dienen, sondern in erster Linie die leer gewordenen Stahlhelmtaschen auffüllen helfen.

In den Bundesnachrichten vom 7. Oktober heißt es z. B.:

„L. Stahlhelmsvolksbegehren (1a).

Alle Ortsgruppen werden aufgefordert, sofort (!) freiwillige Sammlungen einzuleiten, um einen Grundstock zu schaffen für die Deckung der Ausgaben, welche durch das demnächst (!) einzuleitende Volksbegehren entstehen werden.“

Danach könnte man meinen, daß das Stahlhelm-Volksbegehren schon morgen veranstaltet werden würde. Aber weit gefehlt! In derselben Nummer des Stahlhelm, in der die Bundesnachrichten veröffentlicht werden, heißt es am Schluß des Leitartikels in Bezug auf das Volksbegehren:

„Erfolgen wird unser Angriff, wenn uns die Stunde dafür günstig erscheinen wird.“

Heute und morgen wird aber die Stunde für den Stahlhelm nicht eintreten. Was haben dann also die sofort einzuleitenden Sammlungen für einen Sinn? Sie beweisen, daß der Stahlhelm leer ist und dringend Geld braucht. Die finanzielle Pleite des Stahlhelm hat aus

Differenzen in der sogenannten Führung

zur Folge. „Unser Franz“, womit Löffelfabrikant Sedde gemeint ist, der mit einem Buch unter diesem Titel, das ein „Lebensbild des Stahlhelmsgründers“ enthalten soll, noch ein anständiges Privatvermögen machen möchte, ist z. B. gar nicht so einverstanden damit,

daß der Streber Duesterberg in puncto Volksbegehren die Initiative ergriffen hat. Die Differenzen, die es als Antwort auf die Duesterbergische Aktade mit der finanzkräftigen Deutschen Volkspartei gegeben hat, benützt er zu einem Angriff auf Duesterberg. Tatsächlich liegt sich „unser Franz“ mit dem „Lahmen Theodor“ lustig in den Haaren.

Duesterberg will darum dem Löffelfabrikanten beweisen, daß er der Führer des Stahlhelms ist und organisiert darum zum kommenden Sonntag

für Halle ein Stahlhelmsportfest.

Der bekannte günstige Wind weht uns über die Zusammenhänge dieses Sportfestes ein Rundschreiben an den Tisch, das wir schon erwähten und mit Nachstehendem wörtlich wiedergeben:

Dr. M. Frenzel

Halle (Saale), den 15. September 1928.
Jenckestraße 11.

Sehr geehrter Herr!

Der Stahlhelm, Landesverband Mitteldeutschland, beschließt am 14. Oktober in Halle ein größeres Sportfest mit Mehr- und Wertsport, wie schon vor einigen Jahren, durchzuführen. Der Reinerlös soll teils der Stahlhelm-Volksfestung in Halle, teils der bei Letzin beschlossenen großen Stahlhelmsiedlung zugute kommen.

Die Volksfestung in Halle, die namentlich unter den größten Schwierigkeiten seit rund sechs Jahren durchgeführt wird, verpflegt zu ungewöhnlich billigen Preisen auch heute noch täglich 400 bis 500 der ärmsten unserer Stadt ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit auf Grund von Unterlagen der Armen-Direktion. Dieses soziale Werk hat in der weiteren Durchführung mit sehr erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen. Bisher sind die Lebensmittel in der Hauptsache durch Sammlungen in der Stadt und in den ländlichen Stahlhelm-Ortsgruppen der nächsten Umgebung von Halle zusammengekommen. Nur unter ganz ungewöhnlichen Umständen hat es sich ermöglichen lassen, bis heute diese edle Hilfsfähigkeit durchzuführen.

Die Stahlhelmsiedlung bei Letzin hat die Pflicht, eine größere Reihe von Stahlhelm-Arbeiterfamilien mit vielen Kindern billig

(Fortsetzung auf Seite 2)

Genosse Karl Schulz

sendet uns die Summe von 10 Mark für den Fonds für das Volksbegehren und nachstehende Zeilen mit dem Ersuchen, sie im „Klassenkampf“ zu veröffentlichen.

Genosse Schulz schreibt:

Das Volksbegehren und der Volksentscheid sollen die werttätigen Massen gegen das militaristisch-imperialistische System mobilisieren!

Zur Aufrüstung der Millionen-Massen ist ein Massenaufgebot von Kräften erforderlich.

Damit die ausgetobenen Kräfte fürstlich wirksamkeit entfalten können, müssen wir auch die notwendigen finanziellen Mittel aufbringen.

Stärkt die Kriegsstufe gegen die imperialistischen Kriegstreiber!

Sammet!

Karl Schulz, M. d. L.

Stahlhelm-„Sport“

(WZ.) Mannheim, 8. Oktober.

Der Polizeibericht meldet heute über die Stahlhelmsportveranstaltung am Sonnabend und Sonntag, zu der der Bundesführer Sedde in Magdeburg erschienen war, folgendes:

Während der Veranstaltung wurden nach Feststellung der Polizei 11 Personen verletzt, darunter sechs Zivilisten, zwei Stahlhelmer und drei Polizeibeamte. Festgenommen wurden an beiden Tagen 15 Personen, und zwar drei Stahlhelmer wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Körperverletzung, der Rest Zivilpersonen wegen unerlaubten Waffenbesitzes, Körperverletzung, groben Unfals und unerlaubten Zeugnisaussagen. Sämtliche Festgenommenen wurden nach Beendigung der Veranstaltung und nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen. Verschiedenen Teilnehmern auswärtiger Stahlhelmguppen wurden schon bei ihrem Eintreffen die Städte abgenommen.

Ein Panzerkreuzer-Bluff von Otto Wels

Wie die sozialdemokratische Presse zu berichten weiß, hielt Wels auf dem Parteitag des Bezirks Brandenburg der SPD ein Referat, in welchem er u. a. anforderte, daß die SPD, in nächster Zeit im Reichstag einen Antrag einbringen würde, der lautet: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“ Nach der Mitteilung der SPD-Presse rief diese Erklärung von Wels auf dem Parteitag lebhaften Beifall hervor.

Bei der Arbeiterschaft wird sie im allgemeinen nur ein verständnisvolles Schmunzeln hervorgerufen. Es wird wohl kaum jemanden geben, der auf dieses Ablenkungsmanöver zum Volksbegehren hereinfällt. Ausgerechnet Wels, der z. B. im Parteiauspruch der SPD am heiligsten dafür eingetreten ist, daß der Antrag von Wels abgelehnt wurde, welcher behauptet, daß den SPD-Ministern verboten wird, weitere Ablenkungsmaßnahmen für den Panzerkreuzerbau vorzunehmen, will im Reichstag einen solchen Antrag einbringen lassen. Ausgerechnet Wels, der Vorsitzende der SPD, und die alte Freund der Müller, Seering u. Co. Sollte Wels und die SPD diese Komödie wirklich aufzuführen, so wissen sie natürlich von vornherein, daß sie eine Mehrheit im Reichstag für diesen Antrag niemals finden wird. Ein solches Ablenkungsmanöver, ein solcher Bluff wird von der Arbeiterschaft mit einer um so stärkeren Beteiligung am Volksbegehren beantwortet werden.

Schlichtungsversuch im niederdeutschen Bergbau

(WZ.) Waldenburg, 8. Oktober.

Die Schlichtungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik in Waldenburg hatten folgendes Ergebnis:

Jugendliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent, im übrigen soll eine allgemeine Lohnerhöhung von 8 Prozent stattfinden. Die neuen Löhne haben Gültigkeit bis 30. September 1929. Die Erklärungsfrist läuft bis 9. Oktober abends.

Die Eintragungen in Berlin

In Berlin trugen sich am Sonnabend 13 370 Wähler und am Sonntag 37 083 in die Listen zum Volksbegehren ein. Damit haben sich in Berlin bisher insgesamt 70 182 Personen eingetragen.

Alles geht einzeichnen



Auch Du darfst nicht fehlen

und gefund mit einem gleichzeitigen Schaffen des Stahlhelm-Sportplatz unterzubringen. Auch dieses Werk dient hohen sozialen Zwecken und kommt in seiner Auswirkung sowohl der Volksgesundheit wie auch dem so notwendigen Volksfrieden zugute.

Schließlich soll der Aufmarsch als solcher sämtlichen nationalen einflussreichen Männern und Frauen der Stadt Halle für die kommenden großen politischen Entscheidungsmomente (Gemeinde- und Provinzialtag) einen neuen Impetus verleihen. Die Veranstaltung hat also einen großen politischen Zweck und dürfte schon aus diesem Grunde im vaterländischen Lager allgemeine Unterstützung erfahren.

Nach oberflächlicher Berechnung werden die Kosten rund 10 000 bis 12 000 M. betragen. Um nun möglichst den Reingewinn, der vielleicht auf etwa 10 000 M. berechnet werden kann, für die Stahlhelm-Volksfeier und Stahlhelm-Einigung zu verwenden, haben sich national einseitige Männer zusammengetan mit dem Zweck, die Bedienung der Anstalten, also etwa 12 000 M., zusammen zu bekommen.

Bei dem großen und stets hilfsbereiten Verständnis, welches die allen nationalen Beiträgen entgegenbringen, bitte ich doch auch Ihrerseits, für das von mir geschriebene Werkchen eine Summe gütlich zur Verfügung zu stellen. Ein Herr hat schon aus seinen Privatmitteln 1000 Mark zur Verfügung gestellt, so daß nunmehr noch 11 000 Mark zu sammeln sind.

Sollten Sie meiner Bitte Rechnung tragen können, so bitte ich um etwaige Ueberweisungen an das Bankhaus S. F. Lehmann, Halle (Saale), unter dem Konto: Stahlhelm-Landesverband Mitteldeutschland, „Stahlhelm-Sportplatz“, gütlich beizumitteln zu lassen.

Dieses Geld wird zweifelslos mit Rücksicht auf die im Dezember bevorstehende Gemeindevahl, deren Aussichten zurzeit nicht besonders günstige sind, fruchtbar zu nützen, die noch für die Erhaltung des Privatbesitzes gegen die marxistischen Bestrebungen sich wehren.

In der Hoffnung auf einen günstigen Bescheid ihrerseits und mit vorzüglicher Hochachtung
i. V. Dr. W. Frenzel.

Also bitte: Ein Herr hat schon aus seinem Privatvermögen 1000 M. zur Verfügung gestellt! Kommen Sie heran, meine Herrschaften, zahlen Sie auch Ihr Scherlein, denn
es geht ja für die Erhaltung des Privatbesitzes und gegen die marxistischen Bestrebungen!

Mit diesen Feststellungen entläßt der Stahlhelmschiff Dr. Frenzel erneut das „soziale Hilfsmittel“ des Stahlhelms als ein Mittel, die wertvolle Bevölkerung von dem Kampf um die Vergeßlichkeit des Privatbesitzes an Produktionsmitteln (nicht an Lohnbüchern und Lohnheften, Herr Frenzel!) abzuhalten. Dieses Rundschriftchen hat aber noch mancher andere interessante Seite. Da wird zunächst festgestellt, daß die Auslieferung der Ordnungsbürger für die - Gott sei Dank, für die Stahlhelmer! - um ein Jahr verschobenen Gemeindevahlen äußerst mies gewesen sind. Das haben wir ja anständigster.

Selbsttaten der Stahlhelmer Seydel und Berger

mit den Millionen der hallischen Stadtbahn schon immer bespaßte. Wie Herr Frenzel, der übrigens Direktor der Portland-Zement-Werke Saale W.G. ist, und zu den berüchtigten Scharfmadern unseres Bezirkes zählt, offen schreibt, hat das Stahlhelmsportfest am kommenden Sonntag einen großen politischen Zweck. Das muß sich die hallische Arbeiterklasse besonders deswegen zu merken, weil der Stahlhelm mit zu denen gehört, die am niederträchtigsten gegen

das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau

agieren. Der Stahlhelm hat die Karole herausgegeben: Zu Hause bleiben! Müßt Du der Stahlhelmparole folgen? Das müßt Du nicht!
Der 14. Oktober darf in Halle nicht ein politischer Erfolg des Stahlhelms werden, denn dann wäre er ein Erfolg der Kriegstreiber, der Ausbeuter, der Feinde der Sowjetunion. Er muß ein Erfolg für den Kampf der Arbeiter gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie dadurch werden, daß an ihm viele Hunderte von Stimmen in Halle und im Bezirk Halle-Merseburg für das Volksbegehren abgegeben werden. Wir werden morgen noch ausführlicher auf das Stahlhelm-Sportfest eingehen.

Stahlhelmpolizei in Mannheim

(Eig. Meld.) Mannheim, 8. Oktober.
Bei dem am Sonnabend und Sonntag in Mannheim und Heidelberg stattgefundenen Stahlhelmtag kam es infolge der Provokation der Stahlhelmer zu mehreren ernsthaften Zusammenstößen. Die Mannheimer Arbeiterklasse hatte sich, dem Rufe der kommunistischen Partei und des KPD, folgend, zu Tausenden dem Bahnhof eingedrungen und bereitete dem Stahlhelm sowie dem Polizeikommando ein feindliches Empfang. Die Polizei des Sozialdemokraten Adam Remmele, die den Aufmarsch der Arbeiter verboten hatte, ging in unerhörter Weise, die selbst von bürgerlicher Seite gezeigter wird, gegen die Arbeiter auf und ließ gegen friedfertige Zuschauer vor. Der Stahlhelm griff mit Tausenden Arbeiter sich vor durch Stiche verletzt. Es wurden mehrere Arbeiter in der Notwendigkeit gezwungen, die Stiche zu verarztet. Dasselbe wiederholte sich in Heidelberg, wo der Stahlhelm am Nachmittag seinen Aufmarsch hatte. Auch hier wurde ein Arbeiter grundlos von einem Stahlhelmer durch einen Stich in den Kopf verletzt. Die Mannheimer Arbeiterklasse gab ihrem Unwillen über die verbotene Arbeiterdemonstration und die Stahlhelmprovokation die verbundene Arbeiterdemonstration und die Stahlhelmprovokation lebhaften Ausdruck. Die Stahlhelmer wurden unter politischem Schutz durch die Straßen Mannheims geschrien und faul und bezogen in den Arbeitervierteln für ihre Provokation eine öffentliche Tracht Prügel. Den Stahlhelmen wird die Luft vergangen sein, nochmals nach Mannheim zu kommen.
Nach Beendigung der Stahlhelm-Kundgebung in Heidelberg wurde der Marktplatz, der noch mit zahlreichen Zuschauern besetzt war, von Kameraden des KPD und der KPD, worauf eine glänzende Kundgebung zum Volksbegehren stattfand.

Große Koalition in Breunhen?

(Eig. Meld.) Berlin, 8. Oktober.
Der Parteivorstand des Zentrums hat nach sehr zweifelhaften Sitzung am Sonnabend und Sonntag ein Kommuniqué herausgegeben, aus dem hervorgeht, daß der Zentrumsparteivorstand sich sehr für das baldmöglichste Zustandekommen der Großen Koalition auch in Breunhen einsetzt wird.
In den nächsten Tagen finden nach dem 2. Z. zwischen den führenden der Koalitionsparteien die Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition statt. Von den Sozialdemokraten wird Weimann, von den Demokraten Kell, und vom Zentrum Behr, d. h. die Vertreter der vorläufigen Regierungsparteien, teilnehmen. Später soll dann die Deutsche Volkspartei hinzugezogen werden.

Das Urteil der Geesthacht Arbeiter:

1336 Stimmen für die KPD, 767 für die SPD.
Die Wahlen in Geesthacht wurden unter dem schärfsten Druck des Polizeiterror durchgeföhrt. Geesthacht war von drei Hundert Wahlen der Hamburger Ordnungspolitik befreit. Jeder, der nach Geesthacht wollte, wurde nach Waffens unterjocht. Die Vorführung des Filmes „Panzerkreuzer Potemkin“ war verboten. Die Kommunisten durften keine Flugblätter verteilen, geschweige denn Plakate hängen. Trotz aller Maßnahmen ist es nicht gelungen, den kommunistischen Vornach aufzuhalten.

Das Wahlergebnis lautet:

Kommunisten	1336 (1269)	8 Sitze (9)
Kristlich und Sozial	1109 (944)	7 " (6)
Neutraler Wirtschaftsbereich	102 (134)	0 " (0)
Sozialdemokraten	767 (690)	4 " (4)
Insgesamt:	3314 (3337)	19 " (19)

Von 3690 Wahlberechtigten gaben 3374 ihre Stimmen ab (91,4 Prozent). Ungültig waren 60 Stimmen. Trotzdem die härtesten Anstrengungen seitens der Bürgerlichen und Sozialdemokraten gemacht wurden, haben die Kommunisten an Stimmen gewonnen und, was das Wichtigste ist, diese Stimmen sind Arbeiterstimmen. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die kommunistischen Mandate um eins vermindert worden sind.

denn dies ist auf wirtschaftliche Veränderungen zurückzuführen. Das Wahlergebnis von Geesthacht ist um so bedeutungsvoller, als es gleichzeitig ein Urteil der proletarischen Kreise Geesthachts über die Vorgänge am vorigen Sonntag darstellt. Die Augenzeugen der Vorgänge haben für die kommunistische Partei gesprochen, trotzdem Gerichte zur Erzeugung eines Programms für die Kommunisten ausgekreuzt wurden. Der ausschlaggebende Teil des Geesthachter Proletariats stellt fest denn je zur KPD.

Die Ortsgruppe Solingen des KPD. Soll verboten werden

Der Untergruppenleiter des Roten Frontkämpfer-Bundes in Solingen wurde am 1. Oktober zu dem städtischen Regierungsrat geladen, der ihm eröffnete, daß der Volksprekursor in Elberfeld vermerken habe, daß der Solinger KPD. Geländebühnen mit militärischem Charakter veranfaßt habe. Der Volksprekursor wolle es diesmal noch bei einer Verwarnung bewenden lassen. Bei Wiederholung sei jedoch ein Verbot des Solinger KPD. zu erwarten. Weitere Beweise für die polizeilichen Behauptungen blieb man schuldig.

Im Bereiche der Eisenbahndirektion Kassel ist gestern wegen Lohnstreitigkeiten der Streik ausgetreten.

Völkerbunds-Banditentum

Feiger Ueberfall eines SPD-Bonzen auf Karl Schulz

(Eig. Meld.) Berlin, 8. Oktober.
Der sozialdemokratische Parteivorstand und die „Vorwärts“-Redaktion sind ob des „Banditentums“ der Kommunisten ganz aus dem Häuschen. Es wäre gut, sie zu ihrer Verübung für einige Zeit in einer Kalligraphieanstalt unterzubringen. Im ihre politische Energie auszuweisen, können sie nicht nur bisherige kommunistische Parteipräsidenten für die Verfolgung der Minister in Anspruch, sondern die Herren „Vorwärts“-Redakteure waren jeder am getrigen Sonntag mit „Detektiv“ über den ganzen Tag über bemüht, die Banditenhände des Genossen Schulz nach dem Teilnehmer an der Entführung ihres Kollegen Wolfgang Schwarz habhaft zu werden.

Es war dem ersten politischen Redakteur des „Vorwärts“ und Sonderbeauftragter des Zentralorgans der SPD, Heim Wäckerling, durch Zufall unseren Genossen Landtagsabgeordneten Schulz zu treffen und ihn hinterlistig tötlich auszugreifen.

Unter der Ueberchrift: „Der Minister gestöhnt“, berichtet der „Vorwärts“ darüber: „Durch einen überhöhten Zufall wurde ein (Schulz) kurz nach Mitternacht in der Vorhölle, von einem anderen „Vorwärts“-Redakteur, dem Genossen Wolf Schiff, erkannt, der ihn nach einem kurzen Wortwechsel einen Faustschlag ins Gesicht versetzte.“ (!)

Der Zusammenstoß spielte sich nach dem Bericht des Genossen Schulz in Wirklichkeit so ab: Als der Abgeordnete Schiff Sonntag um Mitternacht, nachdem die 24 Stunden, während der er hätte ruhig sein können, abgelaufen waren, sich mit der Untergrundbahn vom Halleschen Tor nach Neukölln in seine Wohnung begeben wollte, wurde er beim Betreten des Untergrundbahnzuges von einem Mann verfolgt, der er seinem Aussehen nach für einen ein jüngeren Reichsbahnemann. Der Genosse Schulz nahm in einem schmucklosen Waggon Platz, in welchen ihm die zwei Leute folgten.

Der Mann rief ihm zu:
„Mit kommen Sie heute nicht mehr aus den Fingern, Herr Schulz!“

Worauf Schulz antwortete: Seien Sie ruhig. Hinter der Station Hermannplatz dürfte sich plötzlich der Mann auf ihn und verzeigte ihm einen wütenden Faustschlag ins Gesicht. Schulz setzte sich zur Wehr. Es entstand ein regelrechter Kampf zwischen den beiden. Schließlich gelang es Schulz, den wild tobenden und um ihn schlagenden Angreifer niederzumerzen und festzuhalten. Am Bahnhof Rathaus Neukölln erschienen die diensthabenden Beamten der Untergrundbahn.

Der Versuch, der den Landtagsabgeordneten Schulz überfallen hatte, läßt wie beisehen: Das ist ein Verbrecher, der Mann muß verhaftet werden.

Die Untergrundbahnbeamten ließen sich jedoch nicht aus ihrer Ruhe bringen und stellten fest, daß Schulz nichts anderes getan hatte, als sich zur Wehr zu setzen. Unter juristischem Geßel wurde der Mann nach dem Stationsbureau gebracht, und nach längerem Sträuben wurde auch festgesetzt, wer er war:

Der Bandit, der auf der Untergrundbahn des Landtagsabgeordneten Schulz überfallen hatte, entpuppte sich als der erste politische Redakteur des „Vorwärts“, Viktor Schiff. (!)

Der Sonntag „Vorwärts“ überschlug sich in seiner Wut über den gelungenen Streich unserer Genossen mit der dreifach gefetzten Ueberchrift: „Kommunistischer Banditentum“. Der feige Leber des „Vorwärts“-Redakteurs Schiff beweist aber mehr als alles andere, was die wirklichen Banditen zu suchen sind. Wenn Schiff und die Stamper-Leute glauben, damit ihre politische Blamage durch die Berliner „Volkszeitung“ kommentiert den feigen Ueberfall Schiffs abzuwehren, indem sie schreiben: „Nachdem Herr Schwarz zu wenig Zivilcourage gezeigt hat, erhebt sich das Lebermaß von Wut, mit dem Herr Schiff nachträglich für die Aktion

gegen seinen Kollegen Renanthe nehmen wollte, falls er angewandt.“
Die Arbeiterklasse wird aber genau in demselben Maße, wie sie die Verletzung des Rundsfunts durch die Kommunisten begrüßt hat, den feigen tötlichen Ueberfall auf den Landtagsabgeordneten Genossen Schulz einmütig verurteilen und seine Aufrechterhaltung im Rundsfunts, sich zurecht zum Volksbegehren einzugehen, um lo härter befolgen.

Die Presse über den Rundsfunts-Vorfall

(Eig. Meld.) Berlin, 8. Oktober.
Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen - also berichtet die bürgerliche Presse über die Verletzung des Rundsfunts durch die Kommunisten: Die „Welt am Montag“ schreibt:

„Sulzerstreich der Kommunisten. Den Streich am Rundsfunts haben die Kommunisten genau so famos ausgeübt und so schneidig durchgeführt, wie feinerseit die Entführung ihres Genossen Braun aus Koabit. Wieder wurde keinem Menschen ein Haar gekrümmt. Vermutlich waren die Revolver, die sie dem entführten Rundsfunts, dem sozialdemokratischen Redakteur Wolfgang Schwarz, unter die Nase steckten, auch diesmal ängstlich angeschlossen; und über den unerhofften Autosalangung die Großzügigkeit wird er auch nicht weiter böse gewesen sein. Denn erstens ist es ja ein sehr schöner Ort und zweitens hat ihm sein Ergasmann des Honorar nicht weggenommen, das für die Vortragenden meist die Hauptfache zu sein pflegt. Es ist also keinem Menschen etwas Böses geschehen. Das sozialdemokratische dauern auf so schmale Rost gelegt, daß ihnen die Ueberzahlung durch eine trügliche, wohlgezielte Rede aus erster Ueberzeugung vermutlich sehr wohl getan hat. Das war doch mal etwas anderes!“

Der „Abend“, „Vorwärts“ aber schlägt vor Wut über diese Ausführungen Salto mortale und bemerkt dazu: „Weniger zu begreifen ist die Selbstgenugnahme eines Montagblattes (W.a.M.) das gern in zablanten Karten schilt und etten der bestmöglichen Papiertüte zu seinem Herausgeber hat... Es ist ein reines Glück, daß dieser führende Papiertüte diesmal an der Seite der Panzerkreuzer-Politikisten steht. Es hätte ihm sonst vielleicht passieren können, daß er an Stelle des Sozialdemokraten genossenschaftlich und mit Revolvern beehrt worden wäre. In diesem Falle hätte er wahrscheinlich in seiner Zeitung eine andere Art Papiertüte zum Ausdruck gebracht.“

Die Berliner „Volkszeitung“ meint: „Mit ihrem Sulzerstreich gegen den Rundsfunts und den sozialdemokratischen Redakteur Schwarz haben die Kommunisten die Lächer auf ihrer Seite.“

Der „Montag“ trifft absolut das richtige, wenn er zu den Autorschriften des „Vorwärts“ und zu der ersten Seite der Jörgel-Politik nach den Attentaten meint: „Die Maßnahmen und Anstalten der amtlichen Stellen sind etwas von der Erregung der Sozialdemokraten über die parteipolitische Blamage aus dem Rundsfunts beeinflusst.“

Der „Montag-Morgen“... Die richtige Lehre aus dem Vorfall ist vielmehr, daß diese ganze politische „Uebermaßung“ des Rundsfunts aufhören muß... Der Rundsfunts ist ein Mitteilungsinstrument wie die Zeitung oder die Verammlung und solange den Kommunisten die Verammlung und die Zeitung erlaubt ist, ist es sinnlos, sie gerade vom Rundsfunts auszuschließen. Nach dem ist sprichbar, daß „W.a.M.“ offen aus, was die Kommunisten schon wiederholt verlangt haben, daß man nämlich genau so wie die anderen Parteien der KPD, das Recht geben muß durch den Rundsfunts zu ihren Wählern und der übrigen Bevölkerung zu sprechen... Im übrigen aber sind die Kommentare der Antisubversiven Presse dazu ungenau, die Aufregung der „Vorwärts“-Redaktion mit ihren Zuschussausdrücken gegen den Genossen Schulz und die Entführung des „Vorwärts“-Redakteurs Schwarz noch lächerlicher zu machen, als sie ohnehin ist.

Das Bog-Haus in Berlin, in dessen Räumen sich der Sender des Berliner Rundsfunts befindet



Genosse Karl Schulz,

der erste Kommunist, der in Bog-Haus in Berlin am Sonnabend - ohne Jenue - eine Rede für das Volksbegehren hielt und sich zum ersten Male in Deutschland mit tötlichem Redefreud von seinen Hören verabschieden konnte.

Er mahnt Euch zum Eingehen.

Herr Wolfgang Schwarz,



Herr Wolfgang Schwarz,

Redakteur des Regierungsgorgans „Vorwärts“, wollte gern eine der vielen „friedens“-Reden halten, für die die herrschende Klasse der SPD, gern den Rundsfunts zur Verfügung stellt. Er stieg aber aus Versehen in ein falsches Auto und kam deshalb zu spät zum Bog-Haus.



Neue Korruptionsfälle in der SPD.

Am Freitag, dem 5. Oktober, wurde der Hauptkassierer des Fabrikarbeiter-Bundes in Büchse ...

In Sandersleben in Anhang gelang es unseren Genossen, Unregelmäßigkeiten aufzudecken. Herangezogen waren ...

Staatsanwalt läßt Micholowski verschwinden

(HfP.) Künigsberg.

Der Fall des Volkskämpfers Micholowski, der seinerzeit im Auftrag der SPD ...

Nationalsozialisten prügeln, Rotfrontkämpfer werden bestraft

(Eig. Meld.) Essen, 8. Oktober.

Am 28. Mai, einem Tag vor einem Stahlfabrikarbeiterkongress, hatte ein Knapp ...

Groener und die Demokraten

(Eig. Meld.) Berlin, 8. Oktober.

Nach einer Meldung der 'Vollständigen Zeitung' fand am Sonntag in ...

Ein Liebeslager hinterm Altar

Die katholische Sonderschule in Uerdingen befindet sich in vollen ...

Die Mutter

Roman von Maxim Gorki

Copyright by Max-Verlag G. & C. Berlin W 9 (Nachdruck verboten)

„Eine so ehrbare Frau, o wohl!“

„Ich bin keine Diebin!“ sagte die Mutter mit lauter Stimme, und wurde beim Anblick der Deute, die sie von allen Seiten umringelten, etwas ruhiger.

„Gestern haben sie Pollißche verurteilt, da war mein Sohn dabei — Wollau. Er hat eine Rede gehalten — da ist sie! Ich bringe den Menschen, damit sie sie lesen und über die Wahrheit nachdenken.“

„Jemand zog vorhin die Blätter aus ihrer Hand, sie schwenkte sie in der Luft und warf sie in die Menge.“

„Das wird Dir nichts Gutes einbringen!“ rief jemand mit furchtloser Stimme.

Die Mutter sah, daß man nach den Blättern griff, sie im Busen und in Taschen barg, das brachte sie wieder sehr auf die Fühler. Mühsamer und besser bei Kräften nahm sie aus ihrer Tasche ein kleines Bündel, sie schloß es, wie der erwachende Stolz in ihr wuchs, die unverständliche Freude wieder erkrankte, und sie riß die zusammengepackten Blätter aus dem Röckchen, verteilte sie nach rechts und links in schweigende, glatte Hände und sagte:

„Mutter hat man meinen Sohn und alle, die mit ihm waren, verurteilt, nicht ihr das? Ich will es Euch lauen, und Ihr müßt mich davon überzeugen, daß sie nicht verurteilt, daß sie Euch, daß sie die Wahrheit bringen! Gern habe ich erzählt, daß diese Blätter unbeschädigt sind ... Niemand kann mir ihr freieren, niemand!“

Der Menschenhaufe schwieg, wuchs an, wurde immer fester und enger, die Frau dicht mit einem Ring von lebendigen Körpern. Hunger, Durst und Kälte, das haben die Menschen von ihrer Arbeit. Alles ist gegen uns — wir bringen unser ganzes Leben Tag für Tag bei der Arbeit hin und immer in Schmutz und Schweiß und Trug. Die Arbeit unserer Arbeit oder getrieben andere überleben sich. Man hält uns wie Hunde an der Kette der Notwendigkeit — wir müssen nicht — und in Zukunft — wir haben den Kampf! Nichts ist unser Leben, dunkle Nacht!“

„Gott!“ rief er, er dumpf als Antwort.

„Stopp! Ihr das Wort!“

„Aber in der Menge bemerkt die Mutter den Spion und zwei anderen, die sie besuchte, die letzten beiden weggehend, aber sie in den Rücken griff, schloß sie dort eine fremde Hand.

Wie es in der SPD. in Wirklichkeit aussieht

Die Mitglieder haben nichts zu sagen — Proteste gegen die Diktatur des Parteivorstandes

(Eig. Ber.) Ellenburg, 8. Oktober.

Das Wort Demokratie ist eines der bekanntesten Schlagwörter der SPD. In der Praxis werden sie aber vielfach in den Arbeiterorganisationen nicht an. Wir brauchen nur auf die Vorgänge in der Arbeiterturn- und Sportbewegung, bei den Freizeidern und Gewerkschaften hinweisen. In diesen Organisationen

üben die SPD-Führer eine brutale Diktatur gegen die Mitglieder aus.

Durch die Politik der Führer der SPD. in den Parlamenten und Regierungen verlieren sie immer mehr das Vertrauen der Mitglieder und lampabhängenden Anhänger. Die Zustimmung der SPD-Mitglieder zum Parteitreuebau hat eine gewaltige Rebellion innerhalb ihrer Partei hervorgerufen.

Die Mitglieder verlangen Mitbestimmung bei diesen politischen Fragen.

Der Protest wird ihnen aber nichts nützen. Das beweisen die Beschlüsse des Parteivorstandes. Mit demgegenüber verläßt er die oppositionellen Mitglieder zu beschuldigen, in Wirklichkeit denkt er nicht daran, den politischen Kurs zu ändern. Hieran kann jeder SPD-Anhänger erkennen, daß innerhalb seiner Partei keinerlei Demokratie herrscht. Und was sich im großen innerhalb der höchsten SPD-Ebenen vollzieht, das haben wir im Kleinen in der Provinz.

Günther Wind meinte uns ein Schreiben aus den Redaktionsbüchern von Randat a. D. Raute aus Ellenburg an den Bezirkssekretär und Reichsgruppenleiter Peters in Halle. Im halbsächsischen Bezirk der SPD. dort ein bestiger Kampf zwischen den rechten und „linken“ Sozialdemokraten. Wer aber nun glaubt, daß es bei dem Streit um politische Fragen geht, der irrt sich gewaltig. Ursprünglich standen die Kommunisten, Kreisräte und Provinziallandtags-Mitglieder bevor und die SPD-Funktionäre setzten sich um Mandate. Derselbe Streit ist innerhalb der SPD. wieder ausgebrochen, wie bei der Kandidatenaufstellung zu den Reichs- und Landtagswahlen in diesem Frühjahr. Trotz zahlreicher Schwäche haben es da die Rechten verstanden, die „Linken“ zu überbügeln. Demnach haben sich Peters und Komplexen „ernannt“ und versuchten mit allen Mitteln die kommenden Positionen mit ihren Anhängen zu besetzen.

Ihr Organisationsstatut treten sie dabei mit Füßen.

Während dort die Paragraphen vorkreischen, daß Kandidaten nur unter Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit gewählt werden dürfen, hat der Parteisekretär Buchle in Dessau für den Kreis Zornau ein einziges Kreisleiters ernannt, um die Kandidaten zum Kreisrat und Provinziallandtag aufgestellt wurden. Dasselbe Manöver versuchte er in Dessau-Ellenburg durchzuführen. Hiergegen wandte sich der SPD-Landrat a. D. Raute gegen Buchle sowie Peters.

Am letzten hat Raute, wie bereits erwähnt, einen Brief geschrieben, in dem er sich gegen den Statutenverstoß auf das heftigste befehrt. Dabei macht er folgende Ausführungen, die wir hiermit veröffentlichten:

„Ich bitte Dich (Peters) deshalb, den Unterebezirksvorstand in Dessau einzuladen, sich an das Organisationsstatut der Partei zu halten und einen Parteitag der heimlich über den Statutenverstoß zu jezt gerade noch brauchen können — zu vereinbaren.“

Zeichnet Antikriegsanleihe!

zum Kampf gegen die imperialistische Rüstungspolitik der sozialdemokratisch-deutschnationalen Kriegsbündler.

103,25 Mark sammelte die SPD, Ortsgruppe Holzweißig, am vergangenen Sonntag.

68,85 Mark zeichnete die Arbeiterkassette in Tolkwitz bei Wiersburg.

5,10 Mark wurden in Brandorf bei Halle gesammelt.

Geländes sind die Rekruten aus den ländlichen Orten. Wo bleiben die Erträge aus den Städten?

Kämpf gegen den Panzertreuebau!

„Nehmt, nehmt! ...“ sagte sie, sich niederbeugend.

„Geh auseinander!“ schrien die Gendarmen und drängten die Leute beiseite. Sie wichen unwillig vor den Stößen zurück, hielten die Gendarmen in ihrer Umklekabine und behielten die sie nicht ab, als es zu dem Kampf mit den großen, schließlichen Augen im guten Gesicht sah sie mächtig an. Im Leben getrennt und omeinandergehenden, vereinigte sie sich jetzt zu einem vom Feuer des Wortes erwiderten Ganges, das vielleicht viele durch die Angereiztheit des Lebens erkrankte Herzen längst geschloß und erstarrt hatten. Die Wächter schrien, die Mutter sah ihre greislich zusammengekauerten Augen und schloß im Gesicht ihren warmen Atem.

„Geh fort, Alte!“

„Gleich nehmen sie Dich mit!“

„Steh dich!“

„Sprich schnell, sie kommen!“

„Fort! Geh auseinander!“ riefte das Geschrei der Gendarmen immer näher. Die der Mutter zunächst Stetsenden schwannten und suchten sich aneinanderzufassen.

Es war ihr, als wenn alle bereit wären, sie zu verstehen, ihr zu glauben, und sie wollte geschwind den Leuten alles sagen, was sie wusste, alle Gedanken, deren Kraft sie fühlte. Diese tausend Jahre aus der Tiefe ihres Herzens auf und fügten sich zu einem Bild zusammen, aber sie hätte befohlen, daß ihre Stimme nicht reichte, daß sie besser würde, stierlich, sich verzweifelt anstrengte.

„Das Wort meines Sohnes ist das reine Wort eines Arbeiters, eines unbeschäftigten Herzens! Vernt das Unbeschäftigte erkennen an seiner Unerschrockenheit.“

Ein paar junge Augen blickten ihr mit Entzücken und mit Furcht ins Gesicht.

„Jemand stieß sie vor die Brust, sie schwannte und setzte sich auf die Bank. Ueber den Köpfen der Leute erglänzten die Hände der Gendarmen, sie griffen nach Krügen und Schüsseln, warfen Körper beiseite, rissen Hände herunter und schrien: sie weilt fort. Alles wurde schwarz, schwante in den Augen der Mutter, aber sie besang ihre Müdigkeit und hörte mit dem Rest ihrer Stimme weiter.

„Vereinige Deine Kräfte zu einer Kraft, Volk!“

Ein großer Gendarm packte sie mit seiner roten Hand am Krage und schüttelte sie.

„Halt's Maul!“

Sie schloß mit dem Hinterkopf gegen die Wand, ihr Herz wurde einem Augenschein vom blickenden Raub der Furcht umfungen, dann flammte es wieder, den Raub zerteilend, hell auf.

„Geh!“ sagte der Gendarm.

„Fürchtet nichts! Es gibt keine Qual, die bitterer ist als die, die ihr das ganze Leben lang ertragt.“

intoxischen und agitatorischen Verhältnissen der Partei im Unterbezirk unternimmt zu werden.

Diesem Vorgehen muß von vornherein die Spitze abgebrochen werden, wenn wir nicht als Partei in ganz halbtotem Zustand geraten wollen.

Bitte Dich also hier einzugreifen und den Unterebezirksvorstand zur Ordnung zu rufen, bevor noch größerer Schaden angerichtet wird.“

Dieser Brief gibt ein klares Bild über die vermorenren Organisationsverhältnisse in der SPD. und über die diktatorischen Methoden der Parteiführung gegen die Mitglieder.

Von innerparteilicher Demokratie keine Spur.

Dabei reden Buchle und Raute sich im Briefwechsel mit Herz an, ohne jeglichen parteigenössischen Haß. Es muß sehr schlimm in diesem Unterbezirk der SPD. aussehen, wo obenrecht noch zwei Parteigenossen tödlich sind.

Der SPD-Genossenschaftsleiterer Hampe in Dessau hat mit diesem Zuständen gebrochen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in diesem Unterbezirk der SPD. auszuheben, wo obenrecht noch zwei Parteigenossen tödlich sind.

Rautes Brief deutet die hoffnungslose Zukunft in der SPD. auf. Der Kampf ist unermüdet. Und so wie hier, ist es im gesamten Bezirk der SPD. Peters mußte den politischen Wirtropf Kasparel in diesem Unterbezirk als Provinziallandtagsabgeordneter vorklagen lassen, weil er in Halle bei der Mitgliedschaft keinen Anhang mehr findet.

In diesen Vorgängen müssen die SPD-Arbeiter erkennen, daß für sie kein Platz in einer derartigen korrupten Partei ist. Sie ist nicht die Partei der Arbeiter, der wertvollen Bevölkerung. Gendarmen haben die SPD-Arbeiter dies bemerkt.

Deshalb müssen alle proletarischen Mitglieder der SPD. den Rücken kehren und sich der KPD. anschließen.

Aus der KPD. wegen Korruption ausgeschlossen

Die Magdeburger 'Vollstimmte' und nach ihr auch das halbsächsische 'Vollstimmte' veröffentlichen triumpierend einen Brief des in Coßebitz angestellten Bürgermeisters Unger, der seinen Austritt aus der KPD. und seinen Eintritt in die SPD. ankündigt. Aber Unger ist nicht aus irgendeiner Erklärung der Parteiführung der KPD. Magdeburg hervor.

„Auf Beschluß der Parteiführung war gegen das frühere Parteimitglied Unger, Bürgermeister in Coßebitz im Kreise Queblinburg, ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Am 29. September 1928 wurde Unger eröffnet, daß sein Austritt in die SPD. angedeutet worden ist, geht aus folgender Erklärung der Parteiführung der KPD. Magdeburg hervor.“

„Auf Beschluß der Parteiführung war gegen das frühere Parteimitglied Unger, Bürgermeister in Coßebitz im Kreise Queblinburg, ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Am 29. September 1928 wurde Unger eröffnet, daß sein Austritt in die SPD. angedeutet worden ist, geht aus folgender Erklärung der Parteiführung der KPD. Magdeburg hervor.“

Die Berliner Kriminalpolizei ist durch die Mundstumpfangelegenheit ganz verdammt. Sie verhaftet immer mehr Leute, kann aber die Verhaftungen in keinem Fall antwortgeben. So wurde der 2. Vorsitzende des Arbeiter-Ratobundes, der Oberredakteur Heller von der 'Welt am Abend', vorübergehend festgenommen.

Auf dem Flugplatz in Wlarsfeld hat drei Bombenflugzeuge entworfen, die die rumänische Regierung im Frühjahr in Paris bestellt hatte. Eine neue Verfassung der Kriegserklärungen gegen die Sowjetunion.

Petroleumkrieg gegen die Sowjetunion?

(WZB) London, 7. Oktober.
Der City-Redakteur der „Sunday Times“ bemerkt zu der Washingtoner Meldung des New York Evening Telegram, wonach der Verkauf von über 800 000 Aktien der Shell-Gesellschaft durch die Buma-Petroleumgesellschaft die Kombination der drei britischen Petroleumtrusts Royal Dutch, Anglo-Persian und Shell zur Abschüttung des Petroleumpreises für die Sowjetunion veranlaßt, daß dieser Bericht erst eine gewisse Bekanntheit durch die in London letzte Woche eingegangene Meldung, daß Verhandlungen zwischen der Shell, Anglo-Persian und den anglo-amerikanischen Petroleumgesellschaften mit der Sowjetregierung über den Verkauf von Sowjetpetroleum geschlossen sind. Die Wirkung eines solchen Verkaufes auf die Finanzen der Sowjetregierung, wenn er erfolgreich ist, ernst sein, da 1927 die gesamte Ausgabe von Petroleum aus England zwei Millionen Tonnen überstieg. Im Bericht des New York Evening Telegram heißt es, der Zweck des Zusammenschlusses der drei Petroleumtrusts sei, Sowjet-Rußland auf die Knie zu zwingen. Der britische Konzern habe ein Bündnis mit dem Standard Oil (New York) geschlossen, um die Weltmärkte für Sowjet-Rußland zu schließen und dadurch die reichen Sowjetölfelder zu kontrollieren. Der Plan zur Versteigerung des Sowjetpetroleum geht, wie verlautet, dahin, in Ländern mit Sowjet-Interessen in Regierung, Bergbau und Wirtschaft, Verhandlungen zu erörtern, die das Sowjetpetroleum auf diesen Märkten unerwünscht machen, und in Ländern, die der Sowjetregierung feindlich sind, soll ein Preisrieg geführt werden, um das Sowjetpetroleum vom Markt zu verdrängen. Der Plan habe, wie es heißt, große politische Bedeutung, da durch den Verkauf von Sowjetpetroleum, mit dem die Regierung zu einer Regelung der Frage des enteigneten Reiches, der Schulden und der diplomatischen Beziehungen zu kommen. Wir kommen auf diese Meldung ausführlich zurück.

„Schwäch“ und die Nichtachtung der Königshymne seitens der Medizinen als „gesetzlich unmöglich“ empfand.
Unter englischen Gesetzen habe eine wichtige politische Aufgabe vor sich. Es wird die R.R. Englands bei dem wachsenden Kreditstillierungsprozess der englischen Arbeiterbewegung einen gewaltigen Schritt vorwärts kommen.

Neue Massenhinrichtungen in Hankau

(WZB) Wie „United Press“ berichtet, haben in den letzten Tagen in Hankau, Tschangschang und besonders in Hankau erneute Verfolgungsaktionen gegen revolutionäre Arbeiter und Bauern eingesetzt. In Hankau wurden auf Befehl des Generals Sun Liangzu zahlreiche Kommunisten hingerichtet, die sich als Parteimitglieder betätigt haben sollen. Viele Studenten sind aus denselben Gründen in Haft genommen worden, und die Jesuiten wurden außerordentlich verschärft, so daß sogar eine Schrift eines Mitgliedes des Zentralkomitees der Kuomintang der Beschlagnahme verfiel.

Verhaftungen von Kommunisten in Wiener-Neustadt

(WZB) Wien, 8. Oktober.
Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, wurden wegen der von der kommunistischen Partei Österreichs für den 7. Oktober vorbereiteten Mahnwache die Mitglieder des Zentralkomitees dieser Partei Otto Benedit, Siegmund Schlemm und Karl Zoman auf Grund von Haftbefehlen des Kreisgerichts Wiener-Neustadt gegen dringenden Verbot des Verbotens des Hochverrats verhaftet und dem Landesgericht für Strafsachen in Wien eingeliefert.



Bürgermeister Benedit, die Stadt gleich am Sonntag bei dem Anmarsch der schicksaligen Heimwehren einem Heerlager.

Die uneinige Arbeiterpartei

Unter dieser Überschrift bringt die „Röfische Zeitung“ interessante Einzelheiten über den Parteitag der englischen Labour-Partei. Sie beweisen, daß ein völliges Durcheinander in dieser zweitägigen Sitzung der 2. Internationalen herrscht, das durch das Abweichen der Regierungsborgensätze und Waidampfung-Verordnungen zu erörtern, die das Sowjetpetroleum auf diesen Märkten unerwünscht machen, und in Ländern, die der Sowjetregierung feindlich sind, soll ein Preisrieg geführt werden, um das Sowjetpetroleum vom Markt zu verdrängen. Der Plan habe, wie es heißt, große politische Bedeutung, da durch den Verkauf von Sowjetpetroleum, mit dem die Regierung zu einer Regelung der Frage des enteigneten Reiches, der Schulden und der diplomatischen Beziehungen zu kommen. Wir kommen auf diese Meldung ausführlich zurück.

Die Spitzelinternationale an der Arbeit

Die amtliche Telegraphenagentur meldet, daß 40 ungarische Arbeiter, die nach der Türkei ausgewandert sind und dort Arbeit gefunden hatten, von der türkischen Polizei wegen kommunistischer Propaganda verhaftet wurden.
Die Ursache liegt sich auf vertrauliche Angaben, wonach die Arbeiter ungarische Emigrantenzustellungen und -büros in der Türkei (1) haben. Es ist einleuchtend, daß die Denunziation nur von ungarischen Spitzeln erfolgt ist. Diese Arbeiter und Agentenprovisoren arbeiten in enger Verbindung mit den auswärtigen diplomatischen Vertretungen Ungarns.

In dem betreffenden Falle hat das ungarische Generalkonsulat — anstatt zum Schutze der verfolgten Staatsbürger zu intervenieren — der türkischen Obrigkeit ein „authentisches“ Gutachten über die Gefährlichkeit der bei den Verhafteten beschlagnahmten Zeitungen gegeben. Ein Gegenbericht werden die Verhafteten nach Vernehmung der vom türkischen Strafgericht verhandelten mehrmonatigen Strafen nach Ungarn abgeschoben werden, wo sie wegen „Gefährdung der Staatsordnung“ vor Gericht gestellt werden.

Die ungarische Regierungspresse lobt bei dieser Gelegenheit die gegenseitige Hilfe der Polizeibehörden der verschiedenen Länder bei der Ausforschung und Abschaffung von staatsgefährlicher Verbrecher und fordert ein internationales Polizeibündnis gegen die revolutionäre Propaganda.

Es wird dabei herangezogen, daß die ungarische Regierung und Staatsrat es erwarten, die mitbeobachtet bei internationalen Polizeikongressen und diplomatischen Aktionen diese „Joc“ angeregt haben.

Eine neue Kette politischer Prozesse in Bulgarien

Se mehr sich die Krise innerhalb der Regierungspartei, sich der Gegensatz zwischen der Burak-Jankoff-Gruppe einerseits und der Wapitschew-Generall-Koloff-Gruppe andererseits von neuem zu spitzt, desto mehr greift sie zur maßlosen Steigerung des Terror. Den Mahnwachen der letzten Zeit folgt jetzt eine neue Kette politischer Prozesse, wobei man sich auf das „Gefüge zum Schutze des Staates“ beruft.

Solche Prozesse sind angekündigt z. B. gegen fünf Jugendliche in Zambol und Dubeane anderer Jugendlicher im ganzen Lande wegen des Internationalen Jugendtages (der kommunistischen Jugendinternationale) am 2. September 1928. Ein weiterer Prozeß gegen zehn Mitglieder der Arbeiter-Partei in der Stadt Etliwa ist jetzt gleichfalls bevor.

In Sofia, wo über 60 Personen im Zusammenhang mit angeblichen Aufdeckungen des illegalen Zentralkomitees der bulgarischen kommunistischen Partei verhaftet wurden, sind 25 Personen als „schuldig“ in Haft behalten worden. Bemerkenswert ist, daß die Regierungspresse über diese angebliche Aufdeckung sich in tiefes Schweigen hüllt und außer dem Polizeikommissar vom 12. Sept. nichts mehr veröffentlicht hat über den Verlauf der Untersuchung und die verprochenen Dokumente, die man bei den Verhafteten gefunden haben soll. Dieses Schweigen deutet darauf hin, daß die graumane inquisitorische Untersuchung, mit der man die gewöhnlichen „Beweise“ erpresen will, noch immer nicht beendet hat.

Die Deportierungen beginnen von neuem!

In Drama (Griechenland) wurde das Mitglied der Exekutive des Tabakarbeiterverbandes, Kapetanandros, verhaftet und seine Deportierung beschlossen. Die Verhaftung erfolgte auf einen Befehl der Sicherheitssektion (griechische Obrigkeit), der schon abgelaufen ist. Die Tabakarbeiterorganisationen der Stadt haben gegen diesen neuerlichen Willkürakt Protest erhoben.

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Stadt-Theater
Dienstag, 30. 29. 11.
Sonderbanquet
Mittwoch, 1. 10. 29. 11.
Zwölfglocken
Telle Lumpen
Ganzes
Welle
Güter
Papier usw.
kauft zu hohen Preisen
an Theater, Theater, 24
Zeitung 20 00 1928
dote auch frei ab

Walnhalla
Dir. O. Stenhamm
Fernruf 28885
Sitzlich 20 Uhr
Beste 6 Tage
Der große Erfolg
Im Namen der treuernden Dienstleistungen
Hugo Behme
Friederike Behme
Die Zensur findet am Mittwoch,
16 Uhr, auf dem Getraidenriedhof statt
Kranzpenden daniher abgeholt

Am 4. Oktober, ebenfalls 1911 Uhr,
verließ nach langen, schwerem Leiden
mein lieber Mann, unser guter Vater
und Großvater, der Meister
Hugo Behme
Im Namen der treuernden Dienstleistungen
Friederike Behme
Die Zensur findet am Mittwoch,
16 Uhr, auf dem Getraidenriedhof statt
Kranzpenden daniher abgeholt

Dankagung
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres Vaters, Bruders,
Schwagers und Onkels, des verunglückten
August Meier
legen wir allen unsern herzlichsten Dank,
Dankbar dem Herrn Oberst. Weber für
seine innere und äußerliche Worte am
Grabe sowie dem R.P.D., der R.P.D., dem
Gesinde und dem Herrn Meier. Ferner Dank
der Herrn Singes- und deren Beileger,
Lied, Trauliche Wollen, und allen, die
im die letzte Care auch recht vielen
Wollen, den 8. Oktober 1928
Im Namen aller Hinterbliebenen
Wilhelmine Meier geb. Birner
nebst Kindern 2793

Achtung!
Gewinn - Bekanntgabe!
Es fielen
der 1. Gewinn, die Singer-Nähmaschine
auf Nr. 765
der 2. Gewinn, die entzick. Pelznacke
auf Nr. 1072
der 3. Gewinn, der schöne Fuchs
auf Nr. 16
Wir bitten diese Gewinne gegen Abgabe
der Lose in unserer Filiale binnen
14 Tagen abzuholen

Haus der Hülle
LEIPZIG
Größtes Spezialunternehmen Deutschlands
Filiale: **HALLE**
nur Gr. Ulrich-
strasse
Nr. 11

la Kernschleider
Auschnitt
Gummischäfte
gut und billig bei
Wilh. Kranig
Neue Promenade 14
**Kleine
Anzeigen**
haben im Anstamm
**Große
Wirtung!**

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Zoologischer Garten
Dienstag, 30. 29. 11.
1. Symphonie-Konzert
des Holänd. Symphonie-Orchesters
Leitung: Bruno Blah 3389
Solisten: Käthe Grunmann, Selig
(Clarin.)
Schubert: Symphonie Nr. 5, B-dur
Mozart: „Nonn an mehr Org.“
Koncertante (K. 2, 374)
Solisten: 5 Kammergesänge
Beethoven: Symphonie Nr. 7, A-dur

29,00
bietet die Fertigung
eines modernen
**Mantels oder
Anzugs**
mit sämtlichen Zutaten
aus
mitgebrachten Stoffen
norm.
M. Ehrlich
Geißberg
Straße 69

Kur-Lichtspiele
Bad Dürrenberg
Heute Dienstag bis Donnerstag,
der amüsante Großfilm:
Funkhauber
Ein Vollstück von der Liebe und des Rumb-
lands Wälden
Funkhauber, der Mann der Gegenwart
Werner Krauß, Maria Neval, Herr Andro
Diese vier Damen lesen Ihnen, daß es sich
wieder einmal um etwas ganz Besondere
handelt.
Anderem ein gutes Programm

Wegen Umbau
10% Rabatt auf alle Waren
Schweizer Uhren
Wecker-Uhren
Wand-Uhren
Moderner Schmuck
Trauringe
Amand Weiss Halle (S.), Kleinschmeden 6
neben Engel-Apotheke

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Zahnärztliche Sprechstunden
Montag und Mittwoch:
Sprechstunde 9 bis 12 Uhr
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend:
14 bis 18 Uhr
Dr. Herbert Schön, Zahnarzt
Sohlweg bei Ulmeritz, Hauptstraße 91

Zeitungsmafabrik
Gewissenhafter
Zeitungssträger
für Pflöze gesucht
Medungen sind sofort zu
richten an den Verlag Klaffen-
kamp, Halle, Berghelstraße 14

Zeitungsmafabrik
Gewissenhafter
Zeitungssträger
für Pflöze gesucht
Medungen sind sofort zu
richten an den Verlag Klaffen-
kamp, Halle, Berghelstraße 14

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Zeitungsmafabrik
Gewissenhafter
Zeitungssträger
für Pflöze gesucht
Medungen sind sofort zu
richten an den Verlag Klaffen-
kamp, Halle, Berghelstraße 14

Zeitungsmafabrik
Gewissenhafter
Zeitungssträger
für Pflöze gesucht
Medungen sind sofort zu
richten an den Verlag Klaffen-
kamp, Halle, Berghelstraße 14

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Wer eröffnet
Im alt. Ludwig-Wücherehaus
Gr. Ulrich-straße 57
den groß. billigen
Spielwaren-Verkauf
?

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Upton Sinclair

Der Vater überlebte alsbald nach Newyork, wo er mit Hüten handelte, aber wiederum ohne Erfolg.
So mußte Sinclair schon als Salzwassfischer für sich und die Mutter sorgen.

Er wurde anonym Reportergehilfe. Zwei Millionen Worte hat Sinclair nach seiner eigenen Schätzung zwischen seinem 15. und 20. Jahr auf diese Weise zu Papier gebracht, außerdem noch zahlreiche Briefe für Zeitungen. Von welcher Qualität diese „Briige“ sein durften, ist vielleicht kein müßiges, zeigt folgendes Beispiel:

Walzbruder Peter: „Kiel mal, det Schiff!
Auswanderer Edward: „Reinigung und Färberei.“ Na, und?“
Walzbruder Peter: „Ja ja's doch, zwee Kompagnons.“

Daneben liest der arme junge Tintenfaß fanatisch Geige und beachtet die Unterwelt. Die Herstellung von Gummi- und Abenteurergeheimnissen, deren Fortschritte pünktlich an den Arbeitgeber abzuliefern waren, hat auf Sinclairs späteres Werk zweifellos Einfluß gehabt, nicht dem Inhalte nach, sondern in Bezug auf die Technik des Erzählens und auf seine Arbeitsdisziplin.

Es ist übrigens typisch für America, daß dort auch die geistige Produktion in vorgerücktem Stadien, sojuzigen mit der Hut in der Hand hergestellt wird.

Das mutet barbarisch an. Aber in Americas Kulturkultur — dieser transatlantischen Kultur aus Elfenbein und Bismut — müßte es für die literarische, das Geleit: „Time is money“.

Und in dieser reinen Zweckwelt, die für ihn, da er kein Geld hatte, feindlich und fremd war, löblichstiffelte, gelagte und lüdierte ein junger Mensch, dessen höchster Traum es war, ein „reiner“ Künstler zu werden, also einer, dem das Schreiben nicht Mittel zum Dollarsamer, sondern Werkzeug zur Beeinflussung der Mitmenschen sein sollte. Shelley, Jesus und Hamlet, das waren, wie Sinclair selbst berichtet, seine großen Jugendliebe. Er war sehr überzeugt, daß Dichter und Propheten die eigentlich treibenden Kräfte der menschlichen Entwicklung, die Schöpfer der Lebensformen der Träume und ein unerlöst aufmerksamer, kritischer Beobachter des täglichen proletarischen Lebens zu sein. Schon als Kind hatte er erfahren müssen, daß die Wohlgehalte das Leben jedes Einzelnen entscheidend formt, und daß dieser Einfluß oft gramlos, tief und unangenehm ist. Schon damals erkannte er ökonomische Zusammenhänge, er sah, daß das Unglück seiner Eltern das Glück der

Alkoholfabrikanten war, und daß die Verwandten um nichts besser waren als Vater und Mutter und dennoch reich und mächtig.

Ein lebenshäftiger Wille, die Ungerechtigkeit und Hebel des Lebens zu bekämpfen, wurde zum Leitmotiv seines Strebens.

Aber wie diesen Willen durchsetzen? Durch Dichtungen voller Visionen, durch Klappnetze Berle! Die Bilder der Verapredigt und die Worte Goethes: „Ged sei der Mensch, hilfreich und gut“ nahm der junge Upton in seiner ameritanischen Ursprünglichkeit wörtlich und bitter ernst.

Sein Wunsch, daß die Verleger ihm ein Manuskript nach dem anderen zurückschickten. Schließlich war er am Verzweifeln, denn er konnte es seit seinem zwanzigsten Jahre nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren, marktartige Unterhaltungsware zu fablizieren. Er wollte um jeden Preis Dichter bleiben, dem Menschen die Wahrheit künden. Mit 22 Jahren heiratete er; die Ehe war unglücklich, denn dieser in einem Hofpaule lebende Charakter konnte weder auf die finanziellen noch auf die menschlichen Ansprüche seiner Frau Rücksicht nehmen. Sie verlieh ihm nach einigen Jahren.

In diese Zeit fällt seine erste Begegnung mit Sozialisten: der entscheidende Umbruch in seinem Leben. Sein Idealismus löst sich in Chaos. Er sah die Verhältnisse, sah den Weg und das Ziel.

Seine neue Erkenntnis stellt ihm neue Aufgaben:

1904 ludte Sinclair, nachdem er sechs Jahre lang ebenso erfolglos wie hartnäckig geübt und gehungert hatte, im Auftrag der sozialistischen Zeitung „Appeal to Reason“ (Wortrad, im Staate Kansas) die Schachthäuser Chicagos auf,

um die Elemente der sozialistischen Lehre: wertvolle Arbeit, Ausbeutung und Proletariat, aus unmittelbarer Anschauung kennen zu lernen. Er schrieb nieder, was er sah, fesselt, äußert plattlich, Tendenz des Schriftstellers, der an seine soziale Mission und an den guten Willen seiner Leser glaubt.

So entstand „Der Sumpf“, Sinclairs erster Erfolg. Er wurde ein Bestseller. Aber nicht das Geld und die Gehaltsfreiheit der aus Europa Eingewanderten, nicht das Aufstrahlen von Millionen angingepimter Tiere, nicht die unmenslichen Arbeitsbedingungen, nicht das mutige Bekenntnis des Autors zur Arbeiterhaft, zum Sozialismus, nein, nur die eine Tatsache, daß das heftigste Gerede über unangenehm und unangenehm hergestellt wurde, verurteilte den Bestseller des Buches, den der Autor selbst als Mißerfolg buchte: „Ich ziele in das Herz des Publikums, aber ach, ich traf den Magen!“ (Vorlesung folgt)

Ein ungeheuerliches Blutbad

hat die Künftungspolitik der Bourgeoisie und Sozialdemokraten zur Folge, wenn der

Banzerkreuzer

in einem kommenden imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion kämpft. Dagegen muß die wertvolle Bevölkerung geschlossen aufmarschieren und sich in die Schlacht

Des Bolschewegens einzeln

Familientragödie in Spandau

Die Berliner Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung einer Tragödie beschäftigt, die sich am Sonnabendabend auf der Wehrer Brücke in Spandau abspielte. Dort wurde eine noch unbekannte Frau beobachtet, die mit ihren beiden Kindern ins Wasser sprang und ertrank. Ein Arbeiter, der den Vorgang gesehen hatte, meldete ihn der Polizei. Da jedoch im Laufe des Sonntags keine Bemerkungen eingekam, glaubte man, daß sich der Arbeiter in der Dämmerung getraut habe. Jetzt hat sich jedoch auch ein Schiffer gemeldet, der denselben Vorgang beobachtet hat. Die Verhältnisse, die Leichen zu bergen, sind vorläufig gesichert.

Schwerer Einbruch im Darmstädter Neuen Palais

In der Nacht wurde im Neuen Palais, das nach noch dem ehemaligen Großherzog von Hessen benannt wird, ein Einbruch verübt. Als der Sozialist, Graf von Sandenberg, nachts heimkehrte und seinen Wohn- und Dienstraum im Palais betrat, wurde er von mehreren Verlonen überfallen und durch Schläge und Stiche schwer verletzt. Die Eindrehler nahmen dann dem Bewußtlosen die Schlüssel ab und raubten fast sämtliche in den Räumen vorhandenen Wertgegenstände.

Arbeiter-Radio-Ecke

Radio in der Gefangenenzelle

Nach einer neueren Verordnung sollen vom Gericht eingesogene Funkgeräte nicht mehr in den Besitz der Deutschen Reichspost, sondern desjenigen Staates übergeben, dessen Gericht die Einziehung ausgesprochen hat. Nach einer Ausführungsbestimmung der Reichspostverwaltung sollen die Geräte nicht nur für den Zweck der Justizverwaltung Verwendung finden, sondern können auch anderen staatlichen Behörden für dienstliche Zwecke oder auch Krankenanstalten und „gemeinnützigen“ Anstalten überlassen werden. Viel näher liegt doch, daß man das Radiogerät den Gefangenen in der Zelle überläßt und somit den in Deutschland üblichen barbarischen Strafpolizist wenigstens in einer Hinsicht ändert.

Dieser Vorschlag ist kein frommer Wunsch, sondern schon seit Jahren Wirklichkeit. Aber nicht im kapitalistischen Deutschland, sondern in der Sowjetunion. So sah dort im Oktober, unweit Moskau, Gefangene, die in ihren Zellen nicht nur Sautiere und andere Viehhörsen und Bequemlichkeiten hatten,

sondern auch mit selbstgefertigten Radiogerät den Moskauer Sender hörten.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß wir diese Entbedung im Isolator, also im strengsten Gefängnis machen. Es handelt sich bei den Anstalten des Isolators um gemeingefährliche Menschen, die zum Schutze ihrer Mitmenschen isoliert wurden. Trotzdem ist es eine Selbstverständlichkeit in der Sowjetunion, daß man auch diesen Häftlingen Radio erlaubt. Die tiefere Ursache ist, daß man in der Sowjetunion Gefängnisse vom Charakter der deutschen Kerker nicht kennt und daß dort jeder Häftling nicht als Verbreiter, sondern als Exzellenz und Zielungsbefähigung bedingt ist. Die harte Strafvollzug in Deutschland trifft aber mit ganzer Schere fast nur Angehörige des Proletariats. Der notwendige Kampf gegen die Klassenjustiz ist zugleich in Verbindung mit der Forderung zu bringen, daß Radiogeräten den Gefangenen in der Zelle zur Verfügung stehen. Allerdings ist eine durchgreifende Umgestaltung und Veränderung der Radioprogramme notwendig, die heute noch, dent der staatlichen und kapitalistischen Monopole, vorwiegend zur ideologischen Verblöderung der Arbeiterklasse dienen.

Neue Arbeiter-Literatur

USM-Demokratie in Wien

St. 41 der USK bringt einen ausführlichen und sehr instruktiven Überblick von dem großen Sozialarbeiter in Wien Reden in den Vereinigten Staaten. Der Titel von dem Buch ist: „Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“. Das Buch enthält viele Bilder und ist sehr interessant. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ist ein sehr interessantes Thema. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ist ein sehr interessantes Thema. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ist ein sehr interessantes Thema.

Neues aus aller Welt

Paratyphuserkrankungen in Dresden

Vor einigen Tagen sind in einer Dresdener Gaststätte mehrere Personen nach dem Genuß verarbeiteter Speisen mehr oder weniger schwer unter Verätzungserscheinungen erkrankt, die sich in heftigen Fieber und starkem Brechreiz äußerten. Unter den Erkrankten, deren Zahl sich, soweit bisher bekannt wurde, auf etwa einundzwanzig beläuft, befinden sich mehrere Angehörige des bakteriologischen Instituts im Friedrichshäuser Krankenhaus, die in der Gaststätte eine Feier veranstaltet hatten, sowie auch Personal der Bundeshele für öffentliche Gesundheitspflege mit der Aufführung des Ralles beschäftigt. Am Sonnabend ist eine von answärts zugereiste Dame, die ansangs sehr leicht erkrankt war, gestorben.

Soweit die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, handelt es sich um Paratyphus B. Die Erkrankungen sind zunächst kümmerlich verlaufen, in der Mehrzahl der Fälle aber bald abgelaufen. Die Anknüpfung ist am vorigen Dienstagabend durch einen als Bakterienkulturen ermittelten Nahrungsmittel erfolgt, der sofort aus dem Betrieb entfernt und dem Krankenhaus zugeführt wurde. Sämtliche Vorkehrungsmaßnahmen sind eingeleitet worden.

Das spanische Schraubenflugzeug in Delfau

Das Schraubenflugzeug des Spaniers Cierva hat auf dem Wege von Berlin nach Berlin auf „Ja“ den Junters-Werten in Delfau einen Versuch abgeleitet. Es blieb mehrmals unbeeinträchtigt in der Luft stehen, um dann, über der Landungsstelle angelangt, aus einer Höhe von etwa 100 bis 150 Metern tiefeniederzulegen. Nach wenigen Metern Dahinlegen auf dem Boden stieß das Flugzeug gegen von den zahlreichen Zuschauern dicht umlagert. Die beiden Piloten Rawdon und Brate wurden nach kurzer Verortung zum „Ja“-Koffein geleitet. Einanartig muten an der Maschine die wichtigen unangenehm Kroppler an, mit deren Hilfe sich das Flugzeug in die Luft erhebt, und die bei der Landung wie ein Fallhahn wirken. Es stehen weder mit dem Motor, der den vertikalen Antriebspropeller treibt, noch mit irgendeinem eigenen motorischen Antrieb in Verbindung.

Schwerer Brand im Strafgefängnis von Ohio

15 Gefangene verbrannt

Nach Meldungen aus Newyork ist infolge eines Brandes im Schlafsaal des staatlichen Strafgefängnisses von Ohio 15 Gefangene verbrannt. Das Feuer brach plötzlich nachts aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit. Zahlreiche Gefangene verlornten zu entkommen. In dem Schlafsaal waren 28 Gefangene untergebracht. Häufig den Verbrannten haben acht weitere Gefangene zu schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Man fragt sich, ob es wirklich nicht möglich gewesen ist, die Gefangenen zu retten. In America müßte die Bourgeoisie gegen die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit den grausamsten Mitteln, und es würde nicht verwunderlich sein, wenn die Gefängnisverwaltung bewußt die Gefangenen nicht rettetet hat.

Eisenbahnunglück in Rumänien

Auf der Station Jie Radu bei Adjud sind zwei Güterzüge zusammengestoßen. Drei Eisenbahnbeamte sind tot, etwa 20 verletzt. Die beiden Lokomotiven und zahlreiche Wagen sind zertrümmert. Der Schaden ist beträchtlich. Da die Strecke unbesetzbar ist, wird der Verkehr durch Umleiten aufrechterhalten.

Haubüberfall in einem Newyorker Juwelierladen

In einem Juweliergeschäft in der 12. Etage eines Wolkenkratzers in der Fifth Avenue wurde von vier maskierten Männern ein Haubüberfall verübt. Zwei der Räuber schloßen den Verkäufer und einen anwesenden Kunden mit Revolvern, während die beiden anderen Geheime im Werte von 200 000 Dollar an sich nahmen. Den Räubern, die ihre Opfer fortwährend mit den Revolvern in Schach hielten, und sie bei der geringsten Bewegung mit dem Tode bedrohten, gelang es unerwartet zu entkommen.

Diree in Brasilien

Nach Meldungen aus den Staaten Minas und Bahia herrscht dort eine Diree, wie sie seit 1915 nicht dagewesen ist. Die Schiffahrt auf dem San-Franzisko-Fluß ist zum Stillstand gekommen. Viele Menschen sind Hungers gestorben, die Viehherden wurden beiseite, und die Ernte ist vernichtet.



Militärischer Wappertorden zum Schutze der österreichischen Heimwehr bei ihrem Einmarsch in Wiener-Neustadt

Stib rechts: Die Hauptlinge der österreichischen Heimwehr. Links der Liechtensteingebirgs-Mörder Major Rabi. Rechts Steidle, Bundesführer der Heimwehren. — Die Bild links: Ein polnischer Maschin, der sich als „Christlich“ Romantik ausgab, die „müßige Ehe“ predigte und Frauen und Mädchen herab zu mißhandelte. Die Anschuldigungen waren so groß, daß er vor Gericht gestellt werden mußte. Unter dem Deckmantel der Religion gufferten heute die größten Redebenen.



Halle, das Stiefkind der staatlichen Wohnungsfürsorge

Grüßners verkehrte Siedlungspolitik — Ein provokatorisches Schreiben des Regierungspräsidenten an die Stadt Halle Bürgerfreund Komjettunion — Abwägung proletarischer Forderungen zur Volksbegehrenspropaganda auf kaltem Wege

Die getrigge Stadtordnungsrevision, die eine Reihe wichtiger Anträge und Vorlagen auf ihrer Tagesordnung sah, konnte mit ihrem Programm noch fertig werden. Hier rief sich die Politik des Vorsitzers Baur, der immer eine Unmenge Material sich aufhäufen ließ, bevor er eine Sitzung einberief, um dann mit Hilfe von Ordnungsrufern und den Abwägungsanträgen seiner Ordnungs-Kommission die Debatte abzuordnen und so die Durchführung der Punkte voranzuführen. Gekannt aber liegen es sich unternommen nicht nehmen, zu den wichtigsten Fragen einsehend zu sprechen, insbesondere da es sich hier um die brennende Frage der Wohnung handelt. Übrigens machten auch andere Fraktionen von dem Recht der Debatte verhältnismäßig ausgiebigen Gebrauch, so die Hausbesitzer, die sich dadurch in ihrer egoistischen Politik vollständig entwarfen.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, fand die Einführung des Sozialdemokratischen Mandats als Stadtordnung an Stelle des früheren Beschlusses. Unter den bekanntgegebenen Eingängen befand sich ein Schreiben vom Vorstand der Arbeitervereine in der Stadt Halle, das auf die hinfälligen Verhältnisse in den Arbeiterwohnstätten und an Hand von Material besetzt. Die kommunizistische Fraktion stellte auf Grund dieser Eingänge den Antrag nach endgültiger Inangriffnahme des städtischen Arbeiterwohnbaus. Der Antrag wurde dem Hausbesitzer-Ausschuss übergeben.

Die kommunizistische Fraktion hatte noch eine Reihe weiterer Anträge eingebracht, welche jedoch nicht mehr zur Beratung kamen. So verlangte ein Antrag:

Bereitstellung eines Raumes in der Tafelkassette für Umkleidezwecke der Arbeiterportier.
die am 14. Oktober auf dem Hallmarkt zur Propaganda für das Volksbegehren eine Veranstaltung durchzuführen beabsichtigen. Schauburg rief bei dieser Bekanntgabe provokatorisch darwischen: „Welche Arbeiterportier?“ Durch die Abwägungsmethode des Ordnungsblatts ist es gelungen, die Forderung auf kaltem Wege zu erledigen, denn wenn der Antrag zur Behandlung kommt, ist der 14. Oktober längst vorüber.

Nach debatteloser Erledigung der ersten Tagesordnungspunkte wurde die Magistratsvorlage des Beschlusses, der Vermietung einer 429 Quadratmeter großen Landfläche auf der Südseite der Dörflicher Straße an die Firma Wolf zugestimmt. Die vorgesehene Verdingungsbedingungen sollen für die Stadt sehr günstig sein. Sechs Verkaufsflächen, darunter einer für Zeitungen und eine Behälteranlage sollen dort errichtet werden, ferner eine öffentliche Wp. Unsere Genossen widersprechen der Vorlage, weil sie

prinzipiell gegen die Begünstigung der Privatunternehmer sind und die Ansicht vertreten, daß die Stadt die Grundfläche zu bebauen habe. Genosse Kuglichbach stellt sogar fest, daß die Firma Wolf eine unerhörte Vermehrung der in die Läden einzubringenden Mieterrenten vorzunehmen beabsichtigt. Wenn sie den geplanten Bau der Läden vornimmt, muß sie dafür 150.000 Mark bezahlen.

Sie verlangt aber von jedem Mieterrenter 30.000 Mark Baukostenzuschuß.
In daß sie im ganzen 150.000 Mark erhält und infolge dessen daraus noch 90.000 Mark Ueberflus macht. Obwohl also feststeht, daß es sich hier um eine glatte Bewunderung durch die Firma Wolf handelt, stimmt nicht nur der Ordnungsblat, sondern auch die SPD. für das Projekt. Auf sozialdemokratischer Seite rehet man sich wieder einmal mit der „Politik des kleineren Übels“ heraus.

Von einer Fraktionsebene und Einrichtung einer elektrischen Ladefläche für die Müllabfuhr im Grundstücken Rückentat. Dieser Vorlage, die im Interesse einer hygienisch einwandfreien und rationellen Müllabfuhr notwendig ist, widersetzten sich die Hausbesitzer. Sie gitterten darauf, daß die den Fortschritt keurer bezoglichen müßten was übrigens gar nicht der Fall ist — und entwickelten im Laufe der Debatte damit mittelalterliche Ansichten, daß man annehmen muß, die Hausbesitzer wollen wieder die „gute alte Zeit“, wo man weder Kanalisation noch sonstwelche Sauberkeit in einer Stadt kannte. Den Hausbesitzern ist es scheinbar gleichgültig, ob der Dreck und Staub aus den Abgruben den Anwohnern ins Gesicht fliehet, ob Kanalisationen sich vermehren und verbreiten, wenn sie nur ihr Geld in Sicherheit haben. Die Vorlage ging trotz ihres Widerspruches durch.

Die Diskussion über die beiden eben erwähnten Punkte war gleichsam das Vorwort zu der Debatte des kommunizistischen Antrages betreffs Bereitstellung von Mitteln aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds,

dem eine Sondervorlage des Magistrats über dieselbe Forderung angehängt war. Genosse Kuglichbach ist als Referent für den Hausbesitzer-Ausschuss. Er schilderte die Wohnungsnot in Halle, ging besonders auf die unersättlichen Ermittlungen ein und sprach die Erwartung des Hausbesitzer-Ausschusses aus, daß den Forderungen des kommunizistischen Antrages entsprochen werden möge.

Grüßners Umfiedlungspolitik hat als Fiasco erwiesen. Wohnungen zum Preise von 80 bis 100 Mark kann kein Arbeiter bezahlen. Rektor Spielt referierte über die Magistratsvorlage, und Stadtrat Man gab bekannt, daß der Regierungspräsident Grüßner bereits auf die Eingabe der Stadt Halle geantwortet habe. Diese Antwort ist eine einzige Demagogik. Grüßner hat darin klipp und klar, daß er gar nicht daran denkt, der Stadt Halle über ihre Wohnungsnot hinwegzusehen. Herr Man gebrauchte denn auch scharfe Worte gegen Grüßner und seine verkehrte Umfiedlungspolitik.

Den Ausführungen des Referenten zu b, Stadtordnungsbescheid (Ord.-Bl.) sprach Genosse Kuglich als Fraktionsreferent der SPD. Herr Spielt hat gesagt, man solle nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts blicken. Würde Herr Spielt nach rückwärts blicken,

so müßte er die staatswiderige Wohnungspolitik des Ordnungsblattes in der Stadt Halle vor den Augen der Öffentlichkeit bloßstellen.

Stadtrat Man nimmt trotz der Ablehnung des Herrn Grüßner an, daß die Stadt Halle zwar kleinstädtisch behandelt wurde, daß aber jetzt ein Wendepunkt eingetreten ist. Warum? Grüßner lehnt es ab, aus dem Wohnungsfürsorgefonds der Stadt Halle gewisse Zuwendungen zu machen.

Die 50.000 RM., die er großzügig anbietet, sind vielmehr gerade hinderlich, die Wohnungen in der Bergstraße oder Schloßgasse mit Ausgüssen zu versehen.

Herr Spielt regt sich über die Umfiedlungspolitik der Regierung auf. Mit Recht ist das Verhalten des Herrn Grüßner gegen zu beurteilen. Aber hat der Ordnungsblat Herr Grüßner zu dieser Politik nicht angeleitet? Hat der Ordnungsblat diese Politik nicht mitgemacht? In dem Briefwechsel des Magistrats mit der Regierung in Merseburg liegt vorliegend: Wir haben den Herrn Regierungspräsidenten in diesen Besprechungen unterfützt, um auch unterseits nichts unversucht zu lassen, um der wohnungsliebenden Bevölkerung Erleichterung zu bringen. Es hat schließlich auch ein eingehender Schriftwechsel mit der Direktion des Ammonialwerkes Merseburg stattgefunden, der sich darauf zurückführte, daß von unserm Wohnungsmat zwecks Förderung der Umfiedlungsmaßnahmen des Herrn Regierungspräsidenten Arbeitnehmern des Ammonialwerkes gewisse Schwierigkeiten bei der Wohnungszuteilung gemacht worden waren.

Was sind nun die politischen Gründe der Umfiedlungspolitik des Herrn Grüßner, b) des hallischen Ordnungsblatts? Grüßner hat als Sozialdemokrat ein Interesse daran, daß die Stadt Halle,

Roter Rummel im „Volkspart“ am Freitag, dem 12. Oktober, abends 8 Uhr

Eintrittskarten bei allen Funktionären des SPD.

Programm

1. Notes Kleeberg.
2. Das Kabinett der Köpfe.
3. Sünden mit der Panzerregenerpartei.
4. Welt die „Junges Gewebe“.
5. Der Friedenseinzel.
6. Mobile-Geld.
7. „Kampf“-Lied der Sozialisten.
8. Das Panzerregener-Lied, Vegetation.
9. Wägenfrage.
10. Wägen.
11. Sünden in der SPD.
12. Die „Internationale“.

die von einer erheblichen Zahl revolutionärer geklutterter Arbeiter bemohnt ist, derart gekluttert wird, daß Halle als revolutionäres Zentrum ausfidelet. Die in den Kreis Merseburg „ausgefiedelten“ Arbeiter sollen in der „hallischen“ Stadt Dürrenberg sich vielmehr das Grabmal antehen, sonst aber möglichst in der ruhigen Atmosphäre des sozialdemokratischen Landrats Gusele ihrer revolutionären Energien beraubt werden. Der Ordnungsblat wünscht die Abfiedlung hallischer revolutionärer Arbeiter, um der drohenden Abwertung zu entgehen, die durch die, wenn sie in Halle bleiben würden, insofern eintritt. Herr Grüßner hat also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Erfreut lächelt er die SPD. in Halle, den unbeschränkten Vorrat im Regierungsbereich Merseburg, zweitens liefert er seinem Freunde Gusele und damit seiner Partei auch Agitationsmaterial im Maßstabe mit den von der Regierung bezahlten Siedlungsarbeiten im Kreis Merseburg.

Es handelt sich demnach hier um einen typischen Fall politischer Korruption zur Überbedingung der revolutionären Arbeiter. Damit ist das „unverfälschte“ Verhalten des Herrn Grüßner verständlich. Herr Grüßner hat also mit Wissen und unter bewußter Förderung des hallischen Ordnungsblatts den hallischen Wohnungsbau um 3/4 Millionen zugunsten seines Freundes Gusele geschädigt. Noch mehr, er hat auch, indem er große Mengen Geldes nach dem Kreis Merseburg dringerte, den hallischen Baumarkt von Wohnbauten durch den Baumaterial entleert, was nur durch erhöhtes Ausbieten für Wägen und Materialpreise ausgeglichen werden konnte. Dabei ist Halle im Regierungsbereich Merseburg die Stadt der größten Wohnungsnot (8.6 Prozent der Haushaltungen sind ohne Wohnung). Seit 1918 werden 4500 Wohnungen Jahr für Jahr hindurchgeschleudert. Mit größter Anstrengung gelangt es den lauernden Bedarf an Holz und Eichenbalken — 800 Wohnungen pro Jahr — zu betriebligen.

20 Jahre müßten vergehen, um einen Ausgleich zu schaffen, d. h. wenn jährlich 1000 Wohnungen — 200 über den laufenden Bedarf — gebaut würden. Der staatliche Wohnungsfonds mit rund 21 Millionen wird nur mit 1/20 des hallischen Wohnungsbau zugewiesen, dabei beträgt die Bevölkerung der Stadt Halle 1/6 des ganzen Regierungsbereichs! Nach dem Aufkommensschlüssel müßte Halle sogar 3/4 erhalten!

Diese Welt der Genossen SPD. profante wie mit Stockbissen über die völlig überfälligen Ordnungsblätter und Grüßnerfreunde herab, die sich lautlos ihre Sündenregister vorhalten ließen. Nur Stadtrat Man sprach von „irritierenden Auffassungen“, Herr Müller vom Heimbauamt von „Agitationsreden“ und Herr Spielt

Das Einzeihungsergebnis in Halle bis Montag, dem 8. Oktober

Einzeihungslokal	Eintragungen
1. Trostschule	193
2. Erllwischschule	94
3. Gieschenschule	156
4. Derrerschule, Stadtestr.	190
5. Neumarktschule	144
6. Schillerchule	134
7. Frieleschule	108
8. Martinichule	146
9. Freitwilerchule	63
10. Katholische Volkshochschule	302
11. Glanzschule, Laubenstr.	348
12. Lortschule	332
13. Johannischule	172
14. Huttenchule	138
15. Lutherchule	258
Eintragungen insgesamt: 2 778	

Genossen, steigert die Aktivität!

mit frommem Augenaußschlag davon, daß es ihm und dem Ordnungsblat völlig fernzulegen habe, politische Abhängigkeit bei der Umfiedlung des Wohnungsfonds der Stadtordnung zu verdingen.

Der Hausbesitzer Tierer glaubte, sich nunmehr als Clown des Stadtparlaments empfinden zu müssen. Er redete und redete und gitterte schließlich einen Juan Jijin, der über die russischen Zustände in puncto Hausbesitzer gehörigen hätte.

„Und, meine Herren“, rief Herr Tierer aus, „an der ganzen Grüßnerschen Wohnungspolitik ist nur die Sozialisierung schuld!“

Wir haben zwar noch nicht gehört, daß in Deutschland irgend etwas sozialisiert worden wäre, aber Franz Tierer vom Hausbesitz muß es ja wissen. Und so konnte denn auch der Sozialdemokrat Müller persifolieren, daß ein Vorwurf der „Sozialisierung“ seine Partei nicht treffen konnte — nein, das kann er wahrheitsgemäß nicht.

Die SPD. gibt das Geld lieber für Panzerregener aus, statt Wohnungen bauen zu lassen.

Schließlich trat die Wohnungsgemeinschaft in Gestalt eines Schlußantrages des Herrn Kuglich in Funktion, und die Debatte wurde beendet, nicht ohne daß Buße den Genossen Kuglich mit einem Ordnungsblat befocht hatte. Und je später es wurde, um so freudiger wurde Buße mit Ordnungsrufern — natürlich nur gegen Kommunikanten.

Der Antrag, welcher im Hausbesitzer-Ausschuss eintimmig zur Annahme gelangt war, hat nunmehr folgenden Wortlaut:
Die Stadtordnungsveränderung ergibt den Magistrat, an den zugehörigen Stellen mit aller Energie dahin vorzueilen zu werden, daß

1. die erfolglose Umfiedlungspolitik der Regierung — soweit Halle in Frage kommt — aufgegeben wird,

2. die bei hiesigen Wohnungsfürsorge durch die verkehrte Umfiedlungspolitik entzogenen Beträge — etwa 3,5 Millionen Mark — aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds der Stadt Halle nach möglichem Maß zu beschaffen sind, und die Mittel für Neubauwohnungen viel zu hoch. Die ganze Wohnungspolitik, die die Kommunen zugunsten privater Baugesellschaften ausschaltet, ist falsch. Das bewies Genosse Günther mit zugrätigen Argumenten. Dem Reichsanwalt Kuglich, Vorhänger des Bundes der Arbeitervereine, entlockten diese Genossenschaftler die besten Aussagen über die Wohnungsnot in Halle. Und nun die Stelle des Stadtordnungs Tierer ein, um ebenfalls die guten Wünsche mit dem Schredelgepust Ausland gratuliert zu machen. Während Buße sonst mit seinen „Zur-Sache“-Bauten immer schnell bei der Hand ist, dürfen seine hinfälligen Freunde hunderttausend Schätzpunkte verschlingen, die mit hallischer Kommunalkasse auch nicht das geringste zu tun haben. Genosse Kuglich, der aus eigener Erfahrung die russischen Wohnungsverhältnisse kennt, durfte Minners Nebenansatz auch nicht widerlegen. Und auch hier wurde Schluß der Debatte durchgesetzt. Die Magistratsvorlage wird gegen die kommunizistischen Entwürfen angenommen.

Der Punkt, der als letzter zur Verapredung kam, zeigte wieder einmal die Mameludenhaftigkeit, die der Ordnungsblat an den Tag legt. Die Demokraten hatten sich monnhaft entschlossen, beim Magistrat zu interpellieren, weil dieser bei Errichtung der neuen Ampfmannschaft das Gemeinwohl der Stadtordnung nicht eingeholt hatte. Obwohl sie selbst diese Anfrage stellen, widerließen sie sich der Verapredung derselben, was allgemeines Gelächter hervorrief. Der Magistrat konnte sie daher auch mit Ausflüchten abspielen.

Genosse Kuglich fenzelmäßig das phantastische Verhalten des Bürgervereins und was darauf hin, daß der Magistrat mit dem Ordnungsblat madgen Sinnes, was er will, weil man ihm selbst das Recht dazu eingeräumt hat.

Der Berechtigungsausweis hat seit dreizehn Jahren nicht erneuert worden,

was Buße mit der Nebenart beantragte: es hätte eben nichts vorgelegen, was in den Berechtigungsausweis gehörte, und dem Genossen Kuglich im Verlaufe dieser Debatte zwei Ordnungsrufer erteilt.

Und zum dritten Male: Schlußantrag, Abwägung und gleichzeitige Beendigung der Sitzung überhaupt, obwohl noch eine Reihe wichtiger Punkte im Programm standen.

Wollischer Anfall einer Arbeiterin in der „Moll“-Fabrik

Gestern vormittag gegen 9 Uhr ereignete sich in der „Moll“-Schokoladenfabrik (Werk in der Marienstraße) ein bedauerlicher Unfall, der einer jungen Arbeiterin das Leben kostete. Auf einem Ausgange des Arbeiterzimmers der Arbeiterinnen kamender Holzschmelz benutzt. Die 19jährige Arbeiterin Kugel, wohnhaft Lortstraße 25, kletterte plötzlich auf das Fenster und sprang in höllischer Höhe auf das Glasdach. Daselbst brach sofort das Glas, und die unglückliche Mädchen stürzte 8 bis 9 Meter in die Tiefe, wobei sie auf eine Betonrampe aufstieß. Die Arbeiterin ist kurze Zeit darauf an ihren schweren Verletzungen gestorben. Man nimmt an, daß sie die Arbeit gehabt hat, den Schmelz vom Dach herunterzubringen. Da aber im Arbeiterraum noch eine Anzahl leerer Schmelzvorhanden waren, ist die Bauernsauerer einer schätzlichen Fundament zum Opfer gefallen.

Michallki nach Halle überführt

Der Hausdiener Michallki, der den Nordostzug auf den Gohlfeld-Weg im unteren, wurde am Samstag nach Halle überführt. Wie ich nachträglich herausfand, hat M. nicht gelitten, sondern dem Wirt mit einem 40 Zentimeter langen Dolch, dem sogenannten Boniometer, einen Stich in den Hals versetzt. Michallki hatte vor der Tat seinen Eltern eine Kasse mit 50 RM. geliehen und sie im Keller des Wirtes versteckt. Dort war sie von Michallki gefunden worden, worauf er in die Kasse ergriffen. Für das Geld kaufte M. den Dolch, den Rest verpackte er. Der Spielwitz Witzlich ist immer noch nicht vernunftgemäß.

Genosse Karl Schulz, MdL., spricht am Freitag, dem 12. Oktober, im „Volkspart“: „Im Rundfunk für das Volksbegehren!“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Gewerkschaftliches

Sitzung des Ortsrats der Eisenburg

Auch die SPD-Delegierten lernen die unverantwortliche Gefährdung für die Erwerbslosen verstehen

Zum 1. Punkt sollte Bernede vom Bezirksrat referieren. Da er aber inzwischen verstorben zu sein, man wohl seinen Platz hätte, mußte dieser Punkt zurückgestellt werden. An seiner Stelle gab der Kollege Watz einen kurzen Bericht über den Verlauf des Jugendtreffens in Hamburg. Nach seiner Meinung wäre die Disposition prozedierend aufgetreten, der ganze Platz wäre schon vorher besetzt gewesen. U. a. sollen viele Sprechende dazugewesen sein. Die Eisenburger hätten aber den ganzen Vorabend nicht gesehen, und er könnte nur sagen, was er davon gehört habe. (Dann konnte der „Klassenkampf“ ja natürlich besser berichten! D. B.)

In der Diskussion teilgenommen der Genosse Michaelis die Ursache dieser Vorgänge, vor allen Dingen den Untergrund, den man zwischen SPD und KPD, von vornherein machte. Der überaus schlaue Watz gab die Eisenburger den den Vorkäufen nicht gesehen hätten, wieder alles mit erlebt. Er sagte, wenn er zu bestimmen gehabt hätte, so hätte er die zwei Tugend, die den Platz besetzt hatten (Gegegenheit von dem, was der SPD-Referent sagte), fortlassen sollen.

Zum 2. Punkt machte der Angestellte Quisch vom Arbeitsamt Ausführungen über die Auswirkung der Kette von Kurz- und Arbeiterunterstützung. An mehreren Beispielen zeigte er, wie viel Fälle eintreten können, wo die Arbeitslosen zu wenig bekommen, daß es erst gar nicht verlohnt zum Arbeitsamt zu kommen. (Zusammen mit einer seiner Genossen: „Da müssen Sie noch was mitbringen.“)

In allgemeinen erwarteten die Ausführungen bei den SPD-Delegierten Erläuterungen. Der schlaue Watz zeigte in der Diskussion, daß man aus den angeführten Beispielen erkenne habe, wie trügerisch die Hoffnungen der Arbeitslosen sind. Er selbst wandte sich gegen seine Genossen vom Arbeitsamt, daß man mit den alten Kollegen nicht so verfahren sollte, wie bisher. (Bei unseren früheren Kritiken hat man auf der SPD-Seite stets geschwiegen.)

Der Genosse Michaelis sprach seine Bewunderung aus, daß man in den Kreisen der SPD heute erst entdeckt, was man mit diesem Gelebe geschaffen hat. Er wies auf seine früheren Kritiken bei den ersten Ausreden über dieses Gelebe hin und bezeichnete das Gelebe als einen gemeinen Aufwuchs auf die Reihen der arbeitenden Bevölkerung. Nur allerhöchster Kampf aller Gewerkschaftsmittglieder kann hier Änderung schaffen.

Punkt 3, die Abrechnung vom 3. Quartal ergab folgendes: Einnahme mit dem Kassenbestand im 3. Quartal von 943,46 M., eine Ausgabe im 3. Quartal von 208,14 M., so daß ein neuer Kassenbestand von 735,32 M. verbleibt.

In der Besprechung wurden die Geldbeiträge auf die Sozialisten zur Jugendbewegung hingewiesen. Kollege Förster vom Arbeiter-Samariterbund wies auf eine in nächster Zeit stattfindende öffentliche Versammlung hin, die sich mit der Frage des Arbeiter-Samariterbundes gegen den Verlag Kreislandbund befaßt. Watz besaß den Text, wurde scharf kritisiert, daß für die Benutzung des Krankenspenden aus öffentlichen Mitteln angebracht werden ist, geradezu Mißverständnisse gefördert werden. In einem bekanntgegebenen Falle wurde für einen Stadtransport 12 Mark gefordert. Die Krankenspende sollte 6 M., der Rest von 6 M. wurde von dem Verwaltungsdirektor gefordert.

Weiter gab der Angestellte des Bauergewerksbundes bekannt, daß die Zahlweise Leipzig, der Eisenburg angefallen ist, beschlagnahmt, um ein Grundstück anzukaufen, in dem Bureauräume eingerichtet werden sollen. Nach reichlicher Diskussion, die sich mit den zur Eisenburg bestehenden schlechten Verhältnissen in Bezug auf Beschaffung geeigneter Bureauräume beschäftigte, wurde dem Bauergewerksbund einstimmige Unterstützung zu diesem Projekt zugesagt.

Weiter wies der Genosse Lüne nochmals auf die Einzeichnungspflicht zum Volksbegehren gegen Panzerkreuzer hin, gab die Zeiten der Einzeichnung bekannt und forderte alle Kollegen auf, in allen Bewässerungskreisen dafür Propaganda zu machen.

Der Ortsauschub Weiskensfeld des ADGB ruft auf zur Einzeichnung zum Volksbegehren

Die Ortsauschubung des ADGB Weiskensfeld beschäftigte sich am Donnerstag, dem 4. Oktober, auch mit dem Panzerkreuzerbau. Folgende Entschlüsse wurden gefasst: Die Stimmen von zwei Panzerkreuzerfabriken angenommen:

„Die am 4. Oktober stattfindende Sitzung des ADGB Weiskensfeld protestiert ausdrücklich gegen den beschlossenen Bau von Panzerkreuzern.“

Die Delegierten begrüßen den von der kommunistischen Partei eingeleiteten Volksentscheid. Die Versammlung rief die gesamte Weiskensfelder Arbeiterschaft auf, sich zum Volksbegehren einzuschreiben und die Arbeit zum Volksentscheid rege zu unterhalten.

Nachdem beabsichtigt die Sitzung, einen Vertreter in das am 1. Oktober bestehende Volksentscheidkomitee zu entsenden.“ Der Delegierte wurde gegen eine Stimme gewählt.

Betriebsmord

Ein Todesopfer der Explosionskatastrophe in Lauchhammer

Das Explosionsunglück auf der Zerkleinerfabrik Lauchhammer hat nachträglich ein Todesopfer gefordert. Der schwerste Arbeiter Berger aus Klein-Weiskensfeld, Vater von fünf Kindern, ist seinen Verletzungen im Krankenhaus Lauchhammer erlegen. Die ganze Weiskensfeld der Fabrik, deren Betrieb vorläufig noch nicht wieder aufgenommen werden kann, ist bei den Aufbaumassnahmen beschäftigt.

Kommunen für ausgeperrte Textilarbeiter

Die Stadtratsordnungsung in Heide ist beschloß auf Antrag der Kommunisten, allen Ausgeperrten, die über kein Einkommen verfügen, ab nächste Woche Unterstützung in Höhe des regulären Wohlfahrtsunterstützungssatzes auszusprechen.

Die Stadtrats-Beschloß wurde vom Finanzauschub der Stadt M. G. D. B. abgelehnt.

In einer Sitzung der Wohlfahrtsbeiratsorgane mehrerer Städte des Ausperrungsgebietes wurde die Notwendigkeit der Unterstützung damit begründet, daß andernfalls Unruhen zu befürchten wären.

Der Kampf der Werftarbeiter

Die Werftarbeiter versuchen die Werftarbeiter dadurch einzuschließen, daß sie in hartem Maße zu Entlassungen schreiten. So hat Blom & Böh in Hamburg 11000 Metallarbeiter entlassen. Die kommunistischen Stadtratsordnungsstellen werden überall versuchen, kommunale Mittel zur Unterstützung der Streikenden mobil zu machen, Anträge dazu wurden bereits einbracht.

Aus Kiel wird mitgeteilt, daß die SPD, den kommunistischen Antrag abgelehnt hat, der fordert, daß die Werftarbeiterhinder durch die Kommune mit Milch gespeist werden. Des weiteren wurde gefordert die Übernahme der Miete und Gastgebungen der Streikenden auf die Kommune, die Unterstützung der Streikenden nach den Sätzen des Wohlfahrtsamtes und die Wiederherstellung von Wohlfahrtsgebühren der streikenden Werftarbeiter.

Die Gewerkschaften mit der SAJ. gegen den KJVD.

Gemeinsame Konferenz der Jugendführer des ADGB, der Arbeiter-Sportvereine und der SAJ. Die Stellung des KJVD. dazu

(Jugendkorrespondenz) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Zentralkommission für Arbeiter-Sport und Körperpflege und die SAJ. haben beschlossen, am 14. Oktober eine gemeinsame Jugendführer-Konferenz abzuhalten. Diese Konferenz, welche die Form einer Jugendtagung annehmen soll, wird sich vor allem mit Jugendberührung befassen, wie sie der sozialdemokratischen Ideologie entspricht. Diese Konferenz kommt nicht unerwartet, lag ihre Idee doch bereits den Beschlüssen des ADGB, der SAJ. und zuletzt auch der Reichskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend zugrunde. Was wird der Zweck dieser gemeinsamen Führertagung sein? Vor allen Dingen eine gemeinsame und einheitliche Kultur- und Bildungsarbeit der drei genannten Organisationen zu schaffen im Interesse des Reformismus.

Es ist klar, daß sich die Konferenz nicht um die Fragen gemeinsamer Arbeit befassen, sondern auch Wege suchen wird, die eine gewisse organisatorische Verbindung der genannten Organisationen gewährleisten. In den einzelnen Kommentaren der SAJ. und der Sportler kommt dies sehr gut zum Ausdruck. In denen der Arbeiter-Sportler wird dies besonders stark betont, daß diesem Schritt bald die Einheit folgen müsse.

Also hier liegt der Fall im Weser. Der ADGB und die Arbeiter-Sportorganisationen sind bemüht, eine ganz ungezweckelt mit der SAJ. herbeizuführen. Dadurch hofft man den reformistischen Einfluß in der proletarischen Jugend zu vertiefen. Aber zugleich auch den Einfluß der sozialdemokratischen Führerschaft in den beiden Massenorganisationen endgültig festzusetzen.

zuteilen. Parallel mit diesen Bestrebungen läuft der Plan, die Mitglieder der einen Organisation zu Korporations-Mitgliedern der anderen Organisation zu machen. Nun, was bezweckt man damit? Man hofft auf diese Weise den kommunistischen Einfluß in den einzelnen Organisationen zu liquidieren und die Entfremdung der Kommunisten als Mitglieder aus den Organisationen zu erreichen.

Es wird man seitens der Reformisten die Einheit des Jugendproletariats herstellen. Das sind die wirtlichen Ursachen, warum man zu einer solchen Konferenz schritt. Damit ist auch die Frage: „Warum die Ausschaltung der KJVD. von dieser Konferenz?“, beantwortet.

Es zeigt sich ganz klar, daß die Zusammenfassung dieser Organisationen dazu beitragen will, um den Spaltungstendenzen und die Massenanschlüsse der Oppositionellen sicher durchzuführen zu können. Gegen diesen anderen Plan, der sich in aller Linie gegen die Interessen der arbeitenden Jugend richtet, gilt es, proletarische Jugend reiflos zu mobilisieren.

Die kommunistische Jugend ist nicht gegen eine gemeinsame Arbeit der Gewerkschaften mit allen proletarischen Jugendorganisationen. Gerade der KJVD. betont, daß sie in der jetzigen Situation bringen notwendig ist zur Durchsetzung der Forderungen des Jugendproletariats. Aber die Kampferhebung hat nicht die Absicht, diese Zusammenfassung zu schaffen; warum sonst die Ausschaltung des KJVD.?

Sie hat auch noch den besonderen Zweck, den immer mehr sich wissenden Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend in dieser Zeit, wo die Sozialdemokratie scharf als zuvor im imperialistischen Ruins steht, bedeutet eine große Gefahr für die jungen Proleten, wenn sich der SPD-Einfluß unter ihnen verläßt. Ein neuer Aufbruch ist mehr als je in unmittelbare Nähe gerückt und darauf möchte man auch jungen Proleten, die ihr in den freien Gewerkschaften organisiert sind, schon jetzt vorbereiten.

Darum muß es die zentrale Aufgabe der gesamten arbeitenden Jugend sein, die Aufgabe gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband abzumachen. Darum, junge Gewerkschaftler, junge Sportler, fordert in Euren Organisationen die Zusammenfassung aller proletarischen Jugendorganisationen zum gemeinsamen Kampfe für die Interessen der arbeitenden Jugend. Erzwingt die Einheitsfront der gesamten Jungarbeiterfront.

Maßregelung von kommunistischen Funktionären im Buchbinderverband

Der Arbeiter-Samariter-Bund hatte vor einiger Zeit die oppositionelle Ortsleitung Leipzig des Bundes, darunter den Genossen Böhm, aus dem Bunde ausgeschlossen. Der Bundesvorstand des ASB. hatte gegen unsere Genossen die größten Verleumdungen ausgesprochen. Dagegen zu wiederholten Malen durch Gewerkschaftliche und Komittees in die Schranken zurückzuweisen wurden, sind die Verleumdungen des Bundesvorstandes des ASB. den Gewerkschaftsbeamten des Buchbinderverbandes, Nikolae Leipzig, willkommenen Anlaß, um mit verschiedenen Mitteln gegen unsere Genossen vorzugehen. Am 20. Oktober der Beschlüsse, sollen die Gewerkschaftsreformisten an den Genossen Böhm, das Amt, daß er auf seine Kandidatur verzichtet hat, nicht genug damit. Die Disziplinarmaßnahme des Buchbinderverbandes (sah) den Genossen Böhm furchtbar und den Sitzungen der Disziplinarverwaltung aus. Solange die Angelegenheit Böhm gerichtlich nicht entschieden ist, dürfte Böhm an den Sitzungen der Disziplinarverwaltung nicht teilnehmen.

Die reformistischen Führer wissen ganz genau, daß dem Genossen Böhm keine Unregelmäßigkeiten irgenwann und irgendwann nachgemessen werden können. Für sie kommt es darauf an, die unbestimmten oppositionellen Kollegen aus den Gewerkschaftsaktionen herauszuwerfen. Das ist der eigentliche Sinn der Maßnahmen der Disziplinarverwaltung gegen unseren Genossen Böhm. Hier zeigt sich, wie eng die sozialdemokratische Bureaucratie des ASB. und der Gewerkschaften im Vorgehen gegen die Opposition in einer Front sind befehlen.

Gegen dieses unethische Vorgehen der reformistischen Disziplinarverwaltung des Buchbinderverbandes muß die gesamte Arbeiter-Sportlerfront auf das allerhöchste protestieren. Vornehmlich die Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbinderverbandes müssen sich mit allen Mitteln gegen die Gewerkschaftsreformisten wenden. Es gilt, den Verrat der Reformisten gegen die Opposition zu liquidieren.

Nieder mit den Spalern! Es lebe der Kampf der Opposition für die Einheit aller Arbeiterorganisationen!

Wie der Genosse Berger aus dem DMB. entfernt wurde

Weil er für den mitteldeutschen Metallarbeiterstreik agitiert hat

Schon nach einigen Tagen des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks wurde im holländischen „Volksblatt“ die Forderung aufgestellt, den Genossen Franz Berger aus dem DMB. zu erheben. Man fand aber der Hand keine Möglichkeit, Berger zu entfernen, obwohl bei der Bureaucratie der starke Wunsch vorhanden war.

Hande als Hauptorganisator der Streik erkrankte gelegentlich einer Sitzung, Berger ist der Höhe Geist in der Ortsverwaltung. Alle, die man hat man diesen „bösen Geist“ zur Strecke gebracht. Die Reformisten glichen zur Begründung des Ausschusses einen Fallus des Statutes 807 des Reiches Verbandes heran, der folgenden Wortlaut hat: „Für die Einberufung von Gewerkschaftssitzungen und Kongressen, Betriebsratkonferenzen, Ortsauschubungen des ADGB. usw. sind zuständig die in den Statuten der Gewerkschaften vorgezeichneten Organe.“

Hat nun Berger solche Konferenzen organisiert und einberufen? Nein! Sondern

er hat in öffentlichen Versammlungen für den mitteldeutschen Metallarbeiterstreik agitiert.

Eine öffentliche Versammlung in Erfurt war von der SPD einberufen zur Stellungnahme zur Ausweisung von 800 000 Metallarbeitern, und weil Berger dort gesprochen hat, muß er ausgeschlossen werden.

Man hatte zuerst eine andere Veranstaltung angesetzt, und zwar eine Funktionärskonferenz der SPD. in Chemnitz, also eine interne Parteiveranstaltung der SPD. Aber hier wurde nachgemeldet, daß Berger dort nicht gesprochen hätte, obwohl „Lügen-Blätter“ den Zeugnisbeweis erbringen „müßte“. Genau so wie er heute keinen Streikbruch hinzunehmen will, so wollte er Berger nach Chemnitz führen. Also mußte man etwas anderes finden, und das man auf Jella-Mehlis, dort hat eine vom Ortsauschub des ADGB. einberufene öffentliche Versammlung stattgefunden, in der Berger gesprochen hat.

In zwei Sitzungen, die dem DMB. rund 600 Mark gekostet haben, sollte bewiesen werden, daß die dort gemachten Ausführungen gewerkschaftsschädigender Natur waren. Zu diesem Zweck hatte man sich zwei stammende SPD-Leute aus Jella-Mehlis kommen lassen. Diese beiden Jungen waren aber nicht bewandigt und verlorren ganz, wie es die Reformisten um Wähler verlangten. Selbst Kaufleute gab unumwunden zu, daß er andere Aussagen erwartet hätte.

Der Junge Fischer z. B. erklärte wörtlich: „Die Ausführungen von Berger waren gewerkschaftsschädigend, das geht schon daraus hervor, daß in dieser Versammlung nicht mehr als 20 Reichstagen für den Verband gemacht worden sind. Die Versammlungsleiter sind mit einer Erbitterung gegen die Organisation nach

Metallarbeiterstreik agitiert hat

Sauhe gegangen!“ Ein Wähler vom Genossen Berger machte hier den treffenden Hinweis auf, daß die 20 neu eingetretenen Arbeiter dann

aus lauter „Erbitterung“ der Organisation beigetreten sind. In der zweiten Sitzung wurde aber von verantwortlichen Gewerkschaftsführern von Jella-Mehlis festgestellt, nicht 20 Neuaufnahmen, sondern an die 40 wurden gemacht — was auch unter Beweis zu stellen ist. Jedemfalls auf Grund dieser Aussagen konnte man schlecht zu einem Ausschluß kommen, aber der Genosse Berger muß doch unter allen Umständen entfernt werden, da unter seiner Führung die Opposition in bitterster Weise maßgebend die Ortsverwaltung erodiert. Also, raus mit dem Kerl! Und da bleibt nichts als Erfurt.

Obwohl dort dieselbe Rede gehalten wurde wie in Jella-Mehlis, kam man zum Ausschluß unter Jugendregelung des oben angeführten Beschlusses von Rajfel. Berger hat aber diese Veranstaltung nicht einberufen, sondern hat nur im Auftrag der Partei dort gesprochen.

Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Statuten gegen die Opposition gehoben werden, was bedeutet, daß man die politische Tätigkeit der KJVD. auf Grund der Macht in den Gewerkschaften beschneiden und lähmend machen will, um den Verrat und Betrug am Proletariat ruhig, ungehindert und ungehindert durchführen zu können.

Dies zeigt, daß man die führenden oppositionellen Genossen von den Massen der Gewerkschaftsmittglieder isolieren will. Das soll und darf diesen Arbeitererfahrungen aber nicht gelingen. In Stelle des Genossen Berger sein neue Genossen hinein in den DMB., die seine Arbeit fortsetzen. Nur so wird es möglich sein, die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen zu machen.

Bergarbeiter Mitteldeutschlands!

80 Millionen für Panzerkreuzer, 20 Pfennig Schiffstochenerhöhung für die Bergarbeiter.

Brechst die Sabotage der SPD-Führer

Unterstützt die Sammelaktion der KPD. für das Volksbegehren

Nehmt die läunigen Kameraden mit zur Einzeichnung für das Volksbegehren

Die imperialistische Welt in Waffen

VON R. BURGEFF

Die französischen Chauministen haben bei ihren Auseinandersetzungen mit den Vertretern des deutschen Imperialismus den Begriff vom „potential de guerre“ gefunden. Dieser Begriff soll ausdrücken, daß das industrielle und militärische Deutschland in der Lage sei, jederzeit mit Massen von Kriegsmaterial und militärisch brauchbaren Menschen aufzutreten, auch wenn es noch so „entwaffnet“ ist. Was die französischen Imperialisten hier zum eigenen nationalpolitischen Gebrauche entdeckt haben, bezeichnet einen tatsächlich bestehenden und in allen imperialistischen Staaten wirksamen Prozeß.

In der Tat hat die ungeheure Verfrachtung der Industrie, des Verkehrswesens usw. mit ihren verbesserten Produktionsmethoden eine immer mehr zunehmende Beschleunigung der Pro-

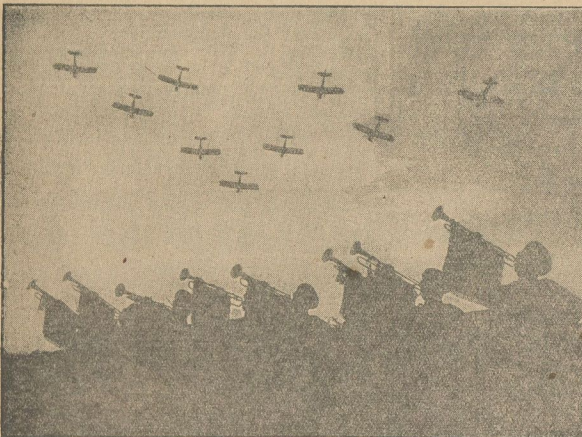
Motorisierung. In allen großen Ländern schreitet die Motorisierung der Heere fort. In England besteht eine Generalinspektion für die Motorisierung des Heeres. Kleinstkampfwagen, geländegängige Lastkraftwagen werden durch Subventionen in der Industrie eingeführt. Die Subventionen spielen überhaupt in allen Ländern bei der Motorisierung eine Rolle; denn die Motorisierung der Heere ist gleichbedeutend mit der Motorisierung des ganzen Landes.

Das englische Royal-Tank-Korps gilt als Spezialtruppe ersten Ranges. Nach dem Haushaltsplan von 1928/29 werden jetzt alle Telegraphenabteilungen und Bataillionsstäbe motorisiert, Garde- und Linien-Infanterieregimenter bekommen Tankabteilungen, andere Formationen wie Kavallerie, schalten bereits die dritte motorisierte ebenfalls Tanks. Es wird bereits die dritte motorisierte Feldbrigade organisiert. Ein neuer schwerer Tank, 11 Meter lang, 40 bis 50 Tonnen schwer, mit Geschützturm (47-Millimeter-Geschütz), vier schweren MGs und einer Geschwindigkeit von dreißig Kilometer die Stunde wird eingeführt.

Das Heer Amerikas ist völlig zur Motorisierung übergegangen. In Amerika kann man übrigens von einer vollständigen Motorisierung der Landwirtschaft sprechen, ein Prozeß, der z. B. in Deutschland noch im Gange ist. Gegenwärtig wird ein Einmann-Kampfwagen letzter Art ausprobiert, der auch für Generalstabsoffiziere, Beobachter usw. in Gebrauch genommen werden soll. In der Industrie ist ein Einheitsfahrzeug eingeführt, das sich zu den verschiedensten Zwecken verwenden läßt.

In Frankreich regelt ebenfalls ein Motorisierungsausschuss beim Kriegsministerium die Motorisierung des Heeres. Die Tanktruppe umfaßt bereits im Jahre 1924 17 200 Mann. Inzwischen sind einige weitere Tankregimenter entstanden.

In der Tischgeschloßmotel soll jede Infanteriebrigade ein Tankbataillon erhalten. 200 Tanks sind in Lufttrag gegeben. Belgien besitzt ein Tankregiment, Polen ein Tankkorps. In Italien nimmt man ebenfalls einen Ausbau und eine Verbesserung der neuen Waffe, besonders der Kampfwagen und der schweren Kavallerie, vor. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß in Italien die tatsächliche Milch die Reichweite für das Heer darstellt. Die von der militärischen Jugendausbildung erfahrenen Schüler sind auf die Zahl von 200 000 angewachsen.



Begleitmusik der Reichswehr zu Luftübungen deutscher „Zivil“-Flieger

duktion für den „Frieden“ und für den Kriegsfall, beginnt. Das sprechende Beispiel dafür ist die chemische Industrie, die sich nach der Beugung auf der Nachseite zum weitaus größten Teil binnen 24 Stunden auf Kriegproduktion umstellen läßt.

Ein anderes Beispiel nehmen wir aus der Autoindustrie. Denn der Motor wird im kommenden Krieg den entscheidenden Einfluß haben. Während man sich früher mit der Aufsicht militärischer Pferde beschäftigte, zielen heute die militärischen Interessen des kapitalistischen Staates u. a. auf einen genauen Einfluß in Autos und Motoren ab. Man hat und hat die Tapan, die sowohl als Personen- als als Lastkraftwagen den Anforderungen des Krieges entsprechen, aber auch schon in Friedenszeiten Verwendung finden können; oder solche Fahrzeuge, die sich, wie die Traktoren, durch entsprechende Montage in kurzer Zeit in Einmann-Tanks verwandeln lassen u. a. m.

Die Möglichkeit von Ganz- oder Teilproduktion an Kriegsgütern für vorläufigen Friedensbedarf, die Möglichkeit der geringfügigen Veränderung von Maschinen oder ganzer Herstellungsprozesse zur Umstellung auf Kriegproduktion haben der Bourgeoisie in allen entwickelten Industrieländern tatsächlich das furchtbare Mittel in die Hand gegeben, vor den Augen der Proletarier, mit ihren Händen und Armen, die materiell Vorbereitung des Krieges auf einen anderen, offensichtlich hohen Stand zu bringen.

Dieser Umstand bewirkt es auch, daß in den fortgeschrittenen Ländern die Rederei der Berufsdaten wachsen. Bei der rapiden technischen Entwicklung ist es ihre Aufgabe, in der Anwendung der dauernd sich verändernden Kriegstechnik auf dem laufenden zu bleiben. Die Sekretärentingente gehen teilweise zurück. Die Massen der Soldaten werden entweder innerhalb des Heeres, weit mehr aber außerhalb in den dafür bestehenden militärischen Verbänden (in Deutschland Stahlhelm, Reichsbanner usw.) in den elementarsten militärischen Grundbegriffen vorgeschult und vor allem ideologisch bearbeitet. In den meisten kapitalistischen Ländern wird damit bereits in ausgiebigem Maße bei der Jugend begonnen.

Die Masse der Beschäftigten besteht in den Industrieländern fast ausschließlich zum größten Teil aus Industriearbeitern. Diese haben zwar die nötigen technischen Kenntnisse, halten mit der technischen Entwicklung Schritt, bringen aber meist offene oder unklare Widerstände gegen das Kriegswesen mit. Deshalb ist es wichtig, ihnen einigen militärischen Drill, militärisch-sportliche Routinen und eine nachgehende Anteilnahme an militärischen Gebaren beizubringen, sie mit der sich ausbreitenden Kriegsatomosphäre vertraut zu machen. Sogenannte neutrale Organisationen, wie die Werkverbände in Deutschland oder die Sportorganisationen, wie sie die Reformisten haben möchten, eignen sich dazu oft besser, als ausgeprägte Militärverbände, wo letztere das ganze Staatsgefüge erschütternde „Reuterien“ entstehen können.

Die ernsthafteste Frage ist für die Bourgeoisie, diese sich in der Wirtschaft vollgehende Entwicklung des Bewusstseins von Kriegs- und Friedensschick vor den Proletariaten zu verschleiern und gleichzeitig nicht nur technisch geschulte, sondern vor allem geistige Soldaten zu bekommen. Deshalb haben für die Bourgeoisie die erwähnten Verbände halb-militärischen Charakters so hohen Wert. Deshalb der große Wert des Reformismus für die Bourgeoisie, dessen Rolle darin besteht, den zunehmenden „feindlichen“ Charakter des Kapitalismus vorzuzugeln zu helfen, um die Proletarier gefügiger zu machen.

Zu nachstehenden einige Belege für den hohen technischen Stand der Kriegswaffen, über den Umfang und das Tempo, jenseit aus neuerer Zeit. Dabei sei bemerkt, daß hierbei Zahlen nur Belegmittel sein können. Denn auch auf diesem Gebiete wird — immer zum Zwecke der Verschleiern — von den Imperialisten aller Länder möglichst geschwindig. Wir haben ver-



Tanks des englischen Royal Tank Corps auf dem Marsch

Deutschland baut gegenwärtig keine Tanks. Aber es war im Jahre in der Praxis bereits sehr fortgeschritten. 1918 sollte ein Achtzehn-Tonnen-Wagen in Gebrauch kommen, der damals schon eine Geschwindigkeit von 18 Kilometer die Stunde erreichte. In Theorie und Praxis beschleunigen sich die deutschen Militärs sehr eingehend mit dem Problem der Kampfwagenverwendung und -abwehr. So beginnt z. B. von jetzt ab im Militär-Wissenschaftlichen Institut die Bearbeitung entsprechender taktischer Aufgaben. Auch der allgemeinen Motorisierung wird großer Wert beigemessen. Vor einiger Zeit gab die Reichswehrleitung bei Wülfing in Braunschweig 10-Radwagen in Auftrag. Die Motorisierung verschiedener Formationen, wie z. B. des Trains, ist im Gange.

Welches rapide Tempo die Entwicklung angenommen hat, möge ein einziges Beispiel beweisen. Frankreich ging mit 6000 Motorfahrzeugen in den Krieg und hatte am Ende deren 95 000. Heute beträgt allein die Jahresproduktion Frankreichs an Motorfahrzeugen rund 200 000, wovon man den größeren Teil als militärverwendungs-fähig bezeichnen kann.

Die Aufstellungen. Nehlich steht es auf dem Gebiete der Luftkrafte. Auch hier diene ein Beispiel zur Illustration. Amerika besaß 1925 44 Flugzeugfabriken, 1926 67, 1927 103. Im letzten Rechnungsjahr stellte Amerika 371 Flugzeuge her, davon drei Transports und 31 Bombenflugzeuge. Jetzt sind 389 vorgesehen, davon 15 Transports und 37 Bombenflugzeuge. Es werden Flugboots von fast 40 Tonnen gebaut. Ein modernes amerikanisches Bombenflugzeug verfügt über eine Traglast von 45 Tonnen, wird von sechs Motoren angetrieben, erreicht eine Geschwindigkeit von 145 Kilometer die Stunde, hat einen Aktionsradius von 1200 Kilometer und ist mit sieben schweren MGs besetzt.

Auf welcher Höhe sich die Produktion von Flugzeugen in Deutschland befindet, beweist, daß selbst diese enormen Ausmaße von den Dornier-Werken schon überholt sind. Das Flugzeug „Do X“, das in Altenheim von Dornier gebaut wird, wird von zwölf Motoren angetrieben, entwickelt rund 6000 PS und eine Höchstflughöhe von 24 000 Meter. Durchschnittlich 185 Kilom., es nimmt neun Mann Besatzung mit und kann eine Reichweite von 25 700 Kilogramm aufnehmen. Die Reichweite beträgt 4250 Kilometer. Das gleiche Unternehmen baut übrigens für andere Staaten sogenannte Luftmonitore, die 20 bis 25

Mann mitführen können und die für den Krieg, besonders für den Ueberfallskrieg eine sehr große Rolle spielen.

Die deutsche Flugzeugbauende Industrie ist mit die beste der Welt. Sie wird nicht umsonst durch Millionen und aber Millionen aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Deutschland verfügt über etwa 700 Flugzeuge, die sich nach kriegerischen Verordnungen lassen, über 70 Flugplätze und über etwa ein halbes Hundert Flugzeugfabriken, die sich zum Teil im Ausland befinden. Das Flugzeug bewegt sich zwischen 20 000 bis 26 000 Kilometer. Die staatliche Werkschifferei ist völlig militärisch organisiert, die Deutsche Werkschifferei hat Luftschiffahrt und andere Einrichtungen nicht minder. Der Minister für Landesverteidigung der Tischgeschloßmotel nannte den Motor der Bayerischen Motoren-Werke den besten für die Luftschiffahrt. Nebenbei, einer der bekanntesten Flugzeugkonstruktoren, plant den Bau von sogenannten Kampfdressieren, von denen er sich einschneidende Veränderungen im Luftkampf verspricht. Der deutsche Luftschiffbau (Zeppelin) hat in der ganzen Welt keine ihm gleichkommende Konkurrenz.

Die deutsche Waffe. Auch in der chemischen Kriegsproduktion steht Deutschland an erster Stelle. Es gibt fast keine größere Stadt oder keine Provinz in Deutschland, wo sich nicht das Chemiekapital mit seinen Fabriken immer mehr ausbreitet. Die Arme legt der chemischen Waffe großen Wert bei. Bei Bombenabwürfen werden Anlagen für Vernebelung bei Fliegerangriffen geplant. Erst kürzlich fand ein Einübungsversuch im Gebiet der Rodebüttel statt, der ein Zehntausend forderte. In diese Richtung zielt auch die Abwesenheit der Grafen-Schiffahrt bei Hamburg. In diesen Tagen fand auf dem Flugplatz bei Böblingen (Württemberg) wieder eine solche Vernebelung statt.

Für Deutschland ist noch die Produktion von Kunststoffe bemerkenswert, die sich bekannterweise auf die Erzeugung von Dynamit umstellen läßt. An Kunststoffe wurden vor dem Kriege etwa 30 Millionen Kilogramm produziert und jetzt 40. An Kunststoffe wird mehr als das Doppelte hergestellt, das meiste davon in Deutschland.

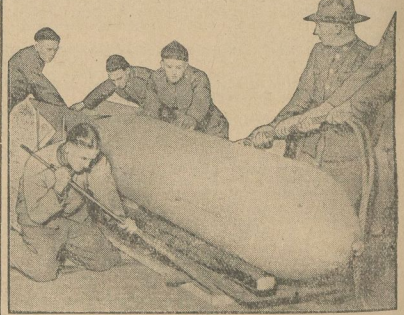
Die letzten Manöver. Sie fanden völlig im Zeichen des modernen mechanisierten Krieges. An den Luftmanövern über London vom 13. bis 18. August nahmen rund 250 Flugzeuge teil. Gegenwärtig läßt die englische Armee in der Grafschaft Suffolk, diesem Manöver liegt der Gedanke der Marschfähigkeit ziemlich genau zugrunde, den man mit Hilfe einer völlig technisierten Arme durchführt.

Die Luftmanöver über Paris im September wurden mit 350 Flugzeugen durchgeführt. Man löste einen Angriff auf den Flughafen Le Bourget, der in zwei Stunden mittels mehreren Motorfahrzeugen geräumt wurde und bei dem sämtliche neuen Hilfsmittel, Radio, optische Telegraphie usw., ausprobiert wurden. Die gemeinsamen englisch-französischen Manöver in der Eifel mit etwa 45 000 Mann fanden ebenfalls im Zeichen der Motorisierung. Vier passierten an einem Tage sechs Tanks, 14 Autokrafts, 24 Panzerautomobile, 40 Panzerautomobile mit MGs und Panzerartillerie, 60 Geschütze, ein Divisionstab in zehn Kraftwagen, Autokraftwagen mit 118 Wagen, fünf Kraftwagen mit Filmoperatoren usw.

Die deutschen Manöver der 3. Division bei Prenglau hatten diesem Vergleich stand. Allein bei der Kritik wurden von einem Berichterstatter der „Koten Fahne“ 82 Personenkraftwagen, besonders handelsübliche Beförderungsmitel, wurden benutzt. Man hatte den Eindruck, daß einmal der ganze technische Apparat einer modernen Arme ausprobiert werden sollte. Die Manöver im Jahre 1927 befanden sich fast ausschließlich im Zeichen der Erprobung der Motorisierung.

Der Proletarier wird sich fragen: Welches ist der Feind, den die Militärs bei solchen Übungen im Auge haben? Darauf gibt ein Kritiker der englischen Luftmanöver in der „Deutschen Wochenschrift“ vom 5. September 1928 eine genügende Antwort. In seiner Beschreibung deutet er auf eine „überseeische Desartillerie“, die als Kriegshauptangriff angenommen wurde.

Welcher Arbeiter steht dabei nicht vor seinen Augen die gewaltigen Deltarme der sowjetrussischen Petroleumfabrik Wafu?



Amerikanische Riesenhombe für Flugzeuge in der Art der deutschen Dornier-Großflugzeuge

Alle Künftigen, alle Manöverübungen der imperialistischen Staaten sind letzten Endes, wie das gekennzeichnete Manöver der englischen Luftschiffahrt, gegen den Proletarier, die Sowjetunion, gerichtet. Die proletarische Klasse muß aus ihren Kenntnissen der Dinge die Kraft schöpfen, die geplanten Schläge abzuwehren, den imperialistischen und militärischen Schatzmagazinen in die Arme zu fallen und sie niederzuschlagen.

Merseburg-Leuna-Querfurt

Zeppelin über Deutschland

Ein ehemaliger Leuna-Arbeiter schreibt uns aus Berlin: Es ist wirklich schon wieder so ähnlich wie vor dem denkwürdigen 4. August 1914...

68,85 Mark

Sammelte 4 Genossen am Sonntag in Leipzig für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer. Genossen, folgt überall diesem guten Beispiel!

in eine Betriebsversammlung politische Angelegenheiten heraufzuföhnen. Das sei gegen die allgemeinen Betriebsinteressen...

Aber diese Gene heute im Betrieb erinnerte mich wiederum an die Vorlesungszeit. Damals war ich ein junger Arbeiter. Unsere Tade lag in Süddeutschland in einem der schwärzesten Viertel...

Wenige Wochen später hat die verdammte Politik damals einen ganz großen Teil unserer Belegschaft, und zwar sozialdemokratische Demagogen...

Und jetzt? Jetzt ist es wohl ein wenig anders wie damals. Zwar gerührt wird wiederum, nur wird jetzt noch mehr dazu noch...

Vor 1914, da triumphierte bei uns der Antrag der Gelben — heute weiß der Betrieb in seiner großen Mehrheit, was er von einem Antrag der Schwarzrotgelben zu halten hat...

Stappe Gent

Grotit und Spionage in der Stappe Gent. Von Heinrich Wandt. Copyright by Ais-Verlag Berlin-Wien

Die Brieftauben

Die Stappen-Inspektion griff auch sonst von Anfang an zu den härtesten Maßnahmen, um die feindliche Spionage zu bekämpfen. Sie herrte für die Bevölkerung Telefon und Telegraph...

Dazu trat die strengste Personalüberwachung. Alle Einwohner, feindliche, neutrale und deutsche, die über fünfzehn Jahre alt waren, mussten stets einen genauen Personalausweis bei sich tragen...

Man machte aber trotz alledem Ausnahmen, indem man auf die fürsprache der deutschen Stappen- und Ortskommandanten besonders wertvolle Brieftauben in militärische Dohut nahm...

Diese Verordnung erregte unter den zahlreichen Liebhabern von Brieftauben ein großes Aufsehen. Sie hätten an ihren Tierchen meist wie an ihren eigenen Kindern und hatten nicht selten große Geldwerte in ihnen festgelegt...

Die Besizer und im besonderen die Vlaamen besaßen Millionen von Brieftauben. Die Brieftaubenbesitzer von Gent und Umgebung hatten allein...

kommen, zur imperialistischen Rundgebung über Deutschland flog, da — ich bin dessen gewiß — stimmte nicht nur unser Betrieb für das Volksbegehren...

Merseburg. Ein schwerer Autounfall ereignete sich auf der Straße Halle-Merseburg an der „Lebenbogenbrücke“, da, wo der Colonnenweg auf die Straße mündet. Eine aus Halle kommende Opel-Limousine fuhr hier aus noch nicht festgestellten Gründen gegen das kleinere Brückenpfeiler und wurde vollständig zertrümmert...

Schlopa. Ein flüchtiger Strafgefangener setzte genommen. Der hiesige Radmachermeister griff in der Nacht einen Mann mit dünner Anfallsstirn und ohne Kopfbedeckung auf der angeblich Radquartier fuhrte. Er befragte ihm dieses...

Schleudis. Omnibuslinie Schleudis-Döllnis-Immendorf. Der Winterfahrplan hielt die erste Abfahrt ab Schleudis früh 7 Uhr vor. Nächste Abfahrtszeiten 11.15 Uhr und 17.25 Uhr. Sonn- und Feiertags verkehrt noch ein Wagen um 22.15 Uhr.

Papst. Arbeiter-Sportgenossen! Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in der „Landesgrenze“ Modelvi eine öffentliche, vom Sportartell einberuene Veranstaltung statt. Genosse Friedrich Kahl als Spartaabteilnehmer in Moskau einen ausführlichen Bericht vorzulesen...

Nägels. Selbstmordversuch eines flüchtigen Knechtens. Wie aus Lübben gemeldet wurde, wurde hier der flüchtige Knecht Zöber aus Nägels in der hoffnungslossten Zustand aufgefunden. Er hatte einen Glimmerüberwurf unternommen. Er wurde ins Krankenhaus nach Lübben gebracht.

Mägen. Ein Schupoauto verunglückt. Ein von einer Streife auf dem Wege nach Mägen zurück befindliches Auto der Schutzpolizei fuhr vor der Straße Neubendorf im Nebel gegen einen Pflaumenbaum, drückte ihn um und geriet in den Straßengraben...

Aus dem Saalkreis

Schwarzweizertr Bloß provoziert die Wettiner Arbeiterkraft

Die roten Frontkämpfer vom Untergang Halle-Saalkreis führen am 4. November d. J. in Wettin ihr Untergangtreffen durch. Der Bürgermeister hat mit den wettinischen Methoden verurteilt, einen Aufmarsch der Arbeiter in Wettin unmöglich zu machen. Als Antis...

Der Saalkreis voran!

In Ammendorf hatten sich bis am Sonntag 431 Personen in die Listen zum Volksbegehren eingetragen! In Dypin wurden am Sonntag bei der Werbearbeit 4 Leier und 2 Parteimitglieder gewonnen.

Genossen, weiter so! Steigert die Aktivität und beweiht den Feinden des Volkskampfes, daß ihre gemeine Sache die wertvolle Bevölkerung nicht abhalten wird, in Massen gegen die Panzerkreuzerreaktion zu demonstrieren!

Anheimliche Vermehrung der Irren, Geistes- und Nervenkranken

Juchbare Anklage gegen das lapidarisches Statum

Die trockenen Zahlen des Statistischen Jahrbuches für Preußen über die Zahl der Insassen in den preussischen Irren- und Nervenbelianstalten enthüllen ein Bild, das auf denkwürdigen, wie der Unbill des verfallenen Bildes zu Satz, auf den wüßigen besorglichen Stimmung wirken muß...

Im Regierungsbezirk Breslau waren 1923 13, von 1924 bis 1926 12 Anhalten vorhanden. Sie hatten an Betten 1923: 3312; 1924: 3200; 1925: 3150; 1926: 3071. Die Zahl der Anhalten betrug 1923: 6204; 1924: 6093; 1925: 6066; 1926: 7649.

Im Regierungsbezirk Posen waren von 1923 bis 1926 11 Anhalten. Sie hatten an Betten 1923: 2691; 1924: 2751; 1925: 3168; 1926: 3229. Die Zahl der Anhalten wuchs ständig und betrug 1923: 3270; 1924: 3431; 1925: 3929; 1926: 4283.

Im Regierungsbezirk Magdeburg waren von 1923 bis 1926 6 Anhalten. Sie hatten an Betten 1923: 2474; 1924: 2626; 1925: 2742; 1926: 2558. Die Zahl der Anhalten betrug 1923: 2802; 1924: 1905; 1925: 3263; 1926: 3261.

Im Regierungsbezirk Merseburg waren von 1923 bis 1926 7 Anhalten. Sie hatten an Betten 1923: 2077; 1924: 2273; 1925: 2511; 1926: 2663. Die Zahl der Anhalten blieb ständig und betrug 1923: 3243; 1924: 3244; 1925: 3632; 1926: 3150.

Im Regierungsbezirk Erfurt waren von 1923 bis 1926 3 Anhalten. Sie hatten an Betten 1923: 1010; 1924: 1044; 1925: 1079; 1926: 1375. Die Zahl der Anhalten blieb ständig und betrug 1923: 1032; 1924: 1200; 1925: 1353; 1926: 1594.

für seine Haltung nimmt er ein Dutzend für den durch einen Landbesitzer erschossenen Arbeiter Wittbold. Das republikanische Stadtoberricht verweigert die Genehmigung zu einer Denkmalseinweihung mit der Ausrede, daß die in das Denkmal eingemeißelte Gestalte zwar ein staatsgefährliches Symbol wäre, hinter dieser Ausrede steht jedoch die Angst vor der Arbeiter-Rundgebung, die einen großen Umfang haben wird...

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Sonntags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 1/2 bis 1/2 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr. Wontags keine Sprechstunde.

Belanntmachung

Über hunderttausend dieser Tiere, die schon im grauen Altertum die besten Helfer der Spionage waren. Anfangs mußten die Brieftauben von ihren Besitzern nur streng interniert werden. Weil aber immer wieder Fälle schloß sich, wurde...

Die Mitteilung kamte aus Olsende. Als zum 6. Mai dieses Jahres 8 Uhr abends (deutsche Zeit) sind alle Tauben im ganzen Gebiete der vierten Armee zu töten. Jeder Transport von lebenden Tauben ist verboten. Die Ortsvorstände sind für strenge Durchführung dieser Maßregel persönlich verantwortlich.

Fortan wird auf das strengste bestraft: 1. Jeder, in dessen Besitz oder auf dessen Grundstück nach oben genanntem Datum noch eine lebende Taube gefunden wird. 2. Wer von dem Vorstande lebender Tauben Kenntnis erhält...

Die Ortsvorstände sind für strenge Durchführung dieser Maßregel persönlich verantwortlich. Fortan wird auf das strengste bestraft: 1. Jeder, in dessen Besitz oder auf dessen Grundstück nach oben genanntem Datum noch eine lebende Taube gefunden wird. 2. Wer von dem Vorstande lebender Tauben Kenntnis erhält...

Außerdem wird die ganze Gemeinde, in deren Gebiet in Zukunft eine lebende Taube gefunden wird, zur Weidenhaft und zur Bestrafung mit herangezogen werden. Der Oberbefehlshaber: Herzog Albrecht von Württemberg.

Diese Verordnung erregte unter den zahlreichen Liebhabern von Brieftauben ein großes Aufsehen. Sie hätten an ihren Tierchen meist wie an ihren eigenen Kindern und hatten nicht selten große Geldwerte in ihnen festgelegt. Viele dieser Leute liefen zu den deutschen Kommandanten, um eine Widerrückung dieses Befehls zu erwirken. Sie waren verzweifelt und wüßten. Keine Brieftaubenbesitzer boten nicht selten Tausende von Mark, um das Leben ihrer Lieblinge zu retten. Es war alles vergebens.

Belanntmachung

Ein Taubenliebhaber, der kein großes Geld an die seine Sport hängt hatte und der seine Tierchen nicht zu töten vermochte, nahm sich an Verzeihung des Lebens. Eine Reihe anderer Brieftaubenbesitzer, die es nicht fertigbrachten, ihren Schätzen die Hülle umzubringen, verurteilten sie zu verurteilen. Es gelang aber nur wenigen mit Erfolg. Sie wurden meist von ihren lieben Nachbarn aus Radjust, Heil oder Schandenreue der Militärpolizei oder Kommandantur denunziert...

Durch Urteil des Feldgerichts der mobilen Stappen-Kommandantur 237/VII der vierten Armee vom 26. August 1916 ist der Petrus Deman, Gärtner in Gent, und dessen Ehefrau...

Koliste Deman, geborene Meiersmann, in Gent, wegen verbotenen Taubenbesitzes zu zwei oder drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gent, den 26. August 1916. Der Gerichtsherr: von Wid, Oberstleutnant und Stappen-Kommandant.

Die Gemeinde mußte sich dann der Kinder dieser Unglücklichen annehmen. Man machte aber trotz alledem Ausnahmen, indem man auf die fürsprache der deutschen Stappen- und Ortskommandanten besonders wertvolle Brieftauben in militärische Dohut nahm und ihren Eigentümern erwidern ließ.

Man machte aber trotz alledem Ausnahmen, indem man auf die fürsprache der deutschen Stappen- und Ortskommandanten besonders wertvolle Brieftauben in militärische Dohut nahm und ihren Eigentümern erwidern ließ. In Gent wurden fünfzehntausend solcher Brieftauben in einem Gebäude am Dock untergebracht, das unter der härtesten militärischen Bewachung stand.

Diese verurteilte aber viel Mühe, und eines Tages entstand auf „unaufgeklärte Weise“ ein Brand, bei dem alle Brieftauben, die in dem Gebäude waren, umgebracht wurden. Es freute aber diese Maßnahmen gegen die belgischen Brieftauben und ihre Besizer waren, so wenig konnte ihre Berechtigung im militärischen Interesse abgeleugnet werden. Von Olsende nach Rumpour und umgekehrt herrschte während des ganzen Krieges ein reger Brieftaubenverkehr, der trotz aller strengsten Maßnahmen nie unterbrochen werden konnte. (Fortsetzung folgt.)

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: Jedem monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, c/o B.S., Perlebergstraße 14.

Wit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den am Ende u. Contour; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Mk.) 21048, (Berl.) 21047, (Halle-Mer.) 22281. Telegramm-Adress: Klassenkampf Halle. Redaktion: Comenius- und Priocot-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Verlagskontor: Beitzig 1008 48 Fritz Kros, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 9. Oktober 1928

8. Jahrgang * Nr. 238

Duesterberg sucht Geldgeber

Das Stahlhelm-Sportfest eine Aktion für Ausbeuter und Panzerkreuzerpolitiker

Berstärkt die Einzeichnungen

Die Antwort der Massen auf die Stahlhelmlösung: Zu Hause bleiben!

Halle, 9. Oktober.

Der Stahlhelm hat schlechte Konjunktur. Im Zusammenhang mit der Linksbewegung der deutschen Arbeitermassen, als Folge der wachsenden Ablehnung der Werttätigen gegen die Folgen der Nationalisierung gegen schlechte Löhne und lange Arbeitszeit erkennt der Arbeiter immer mehr die Zufälligkeit des Stahlhelms für seine Klassenfeinde, die Junkerbourgeoisie. In den Gebieten des Bergbaus, der Chemie usw. ist sein Einfluß erheblich gesunken, ja vielfach ganz verschwunden. Aber auch der Angestellte und kleine Beamte will nichts mehr vom Stahlhelm wissen. Immer mehr und mehr zerlegen sich die Stahlhelmtomponenten. Immer mehr und mehr experimentiert

Die höchstintelligente Führerschaft

mit diesen Lösungen, die dem Stahlhelm wieder Massen bringen sollen. Da hängt er sich einseitig das Mäntelchen der Pfaffenheute um, veranfaßt „Volkspeisungen“ und baut „Stahlhelmsiedlungen“ (mit feudalen Pfaffen), von denen auch in einem nachstehend veröffentlichten Rundschreiben des Stahlhelm gesprochen wird. Abgesehen davon, daß man ein ja schwindelt, wenn man behauptet, daß zu „ungewöhnlich billigen Preisen auch heute noch täglich 400 bis 500 Personen in Halle versorgt werden“, so erkennt doch jeder, daß es sich bei dem „sozialen“ Nährwert des Stahlhelms nur um Zuckerbrots handelt, daß man den Brocken hinbrät, um sie umso besser der Klasse des Unternehmers zuzuführen. Aber auch auf höchst politischem Gebiet versucht der Stahlhelm, von sich reden zu machen. So hat bekanntlich der halleische Stahlhelmsprecher Duesterberg

ein Stahlhelm-Volksbegehren

zur Aenderung der Verfassung angefertigt.

Doch das soll nicht etwa zur Mobilisierung neuer Massen für den Stahlhelm dienen, sondern in erster Linie die leer gewordenen Stahlhelmsäcken auffüllen helfen.

In den Bundesnachrichten vom 7. Oktober heißt es z. B.:

„1. Stahlhelmsvolksbegehren (1a).

Alle Ortsgruppen werden aufgefordert, sofort (1) freiwillige Sammlungen einzuleiten, um einen Grundstock zu schaffen für die Dedung der Ausgaben, welche durch das demnächst (1) einzuleitenden Volksbegehren entstehen werden . . .

Danach könnte man meinen, daß das Stahlhelm-Volksbegehren schon morgen veranfaßt werden würde. Aber weit gefehlt! In derselben Nummer des Stahlhelms, in der die Bundesnachrichten veröffentlicht werden, heißt es am Schluß des Leitartikels in Bezug auf das Volksbegehren:

„Erfolgen wird unser Angriff, wenn uns die Stunde dafür günstig erscheinen wird.“

Heute und morgen wird aber die Stunde für den Stahlhelm nicht günstig sein. Was haben dann also die sofort einzuleitenden Sammlungen für einen Sinn? Sie beweisen, daß der Stahlhelm heute ist und dringend Geld braucht. Die finanzielle Pleite des Stahlhelms hat auch

Differenzen in der sogenannten Führung

zur Folge. „Unser Franz“, womit Eisenerzfabrikant Geldte gemeint ist, der mit einem Buch unter diesem Titel, das ein „Lebensbild des Stahlhelmsprechers“ enthalten soll, noch ein ankündigendes Privatgespräch machen möchte, ist z. B. gar nicht so einverstanden damit,

daß der Streber Duesterberg in puncto Volksbegehren die Initiative ergriffen hat. Die Differenzen, die es als Antwort auf die Duesterbergische Attade mit der finanzkräftigen Deutschen Volkspartei gegeben hat, benützt er zu einem Angriff auf Duesterberg. Zufällig liegt sich „unser Franz“ mit dem „lahmen Theodor“ häufig in den Haaren.

Duesterberg will darum dem Eisenerzfabrikanten beweisen, daß er der Führer des Stahlhelms ist und organisiert darum zum kommenden Sonntag

Sportfest.

Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben:

15. September 1928.

11.

Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben: Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben: Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben:

Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben: Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben: Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben:

Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben: Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben: Die Zusammenhänge zwischen dem Sportfest und dem Stahlhelm sind schon vorhergebegeben:

Alles geht einzeichnen



Auch Du darfst nicht fehlen

Genosse Karl Schulz

sendet uns die Summe von 10 Mark für den Fonds für das Volksbegehren und nachstehende Zeilen mit dem Ersuchen, sie im „Klassenkampf“ zu veröffentlichen.

Genosse Schulz schreibt:

Das Volksbegehren und der Volksentscheid sollen die werttätigen Massen gegen das militaristisch-imperialistische System mobilisieren!

Zur Aufrüstung der Millionen-Massen ist ein Massenaufgebot von Kräften erforderlich.

Damit die aufgebotenen Kräfte stärkste Wirksamkeit entfalten können, müssen wir auch die notwendigen finanziellen Mittel aufbringen.

Stärkt die Kriegskasse gegen die imperialistischen Kriegstreiber! Sammelt!

Karl Schulz, M. d. L.

Stahlhelm-„Sport“

(Mk.) Mannheim, 8. Oktober.

Der Polizeibericht meldet heute über die Stahlhelmsportveranstaltung am Sonnabend und Sonntag, zu der der Bundesführer Geldte in Wädensberg erschienen war, folgendes:

Während der Veranstaltung wurden nach Feststellung der Polizei 11 Personen verhaftet, darunter sechs Zivilisten, zwei Stahlhelmer und drei Polizeibeamte. Festgenommen wurden an beiden Tagen 15 Personen, und zwar drei Stahlhelmer wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Körperverletzung, der Rest Zivilpersonen wegen unerlaubten Waffenbesitzes, Körperverletzung, groben Unlages und unerlaubten Zeugnisauswechslens. Sämtliche Festgenommenen wurden nach Beendigung der Veranstaltung und nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen. Verschiedenen Teilnehmern auswärtiger Stahlhelmsgruppen wurden schon bei ihrem Eintreffen die Stärke abgenommen.

Ein Panzerkreuzer-Bluff von Otto Weis

Wie die sozialdemokratische Presse zu berichten weiß, hielt Weis auf dem Parteitag des Bezirks Brandenburg der SPD, ein Referat, in welchem er u. a. ankündigte, daß die SPD in nächster Zeit im Reichstag einen Antrag einbringen würde, der lautet: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“ Nach der Mitteilung der SPD-Presse fiel diese Erklärung von Weis auf dem Parteitag lebhaften Beifall hervor.

Bei der Arbeiterkammer wird sie im allgemeinen nur ein verständnisvolles Schmunzeln hervorgerufen. Es wird wohl kaum jemanden geben, der auf dieses Ablenkungsmanöver zum Volksbegehren hereinfällt. Ausgerechnet Weis, der z. B. im Reichstagsklub der SPD am heftigsten dafür eingetreten ist, daß der Antrag von Weis abgelehnt wurde, welcher besagte, daß den SPD-Ministern verboten wird, weitere Rüstungsmaßnahmen für den Panzerkreuzerbau vorzunehmen, will im Reichstag einen solchen Antrag einbringen lassen. Ausgerechnet Weis, der Vorherrscher der SPD, und die Freundschaft der Müller, Göring u. Co. sollte Weis und die SPD, die Komödie nicht aufzuführen, so wissen sie natürlich von vornherein, daß sich eine Mehrheit im Reichstage für diesen Antrag niemals finden wird. Ein solches Ablenkungsmanöver, ein solcher Bluff wird von der Arbeiterkammer mit einer um so härteren Beteiligung am Volksbegehren beantwortet werden.

Schlichtungsspruch im niederhessischen Bergbau

(Mk.) Wadensburg, 8. Oktober.

Die Schlichtungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik in Wadensburg hatten folgendes Ergebnis:

Jugendliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent, im übrigen soll eine allgemeine Lohnerhöhung von 8 Prozent stattfinden. Die neuen Löhne haben Gültigkeit bis 30. September 1929. Die Erklärungsfrist läuft bis 9. Oktober abends.

Die Eintragungen in Berlin

In Berlin trugen sich am Sonnabend 19 470 Wähler und am Sonntag 37 083 die Listen zum Volksbegehren ein. Damit haben sich in Berlin bisher insgesamt 76 182 Personen eingetragen.